

Regierungsprogramm 2001-2006

leben, lernen, arbeiten, gestalten

beschlossen auf dem außerordentlichen Landesparteitag
am 20. Januar 2001
in Kaiserslautern

Regierungsprogramm 2001-2006

”leben, lernen, arbeiten, gestalten”

	Seite
I. Leben in Rheinland-Pfalz	
Auch in Zukunft Innovation und Gerechtigkeit	4
II. leben	
Für ein lebenswertes Rheinland-Pfalz	9
1. Familien stärken und kinderfreundliche Lebensbedingungen schaffen	10
2. Zukunft engagiert mit der jungen Generation gestalten	11
3. Das Miteinander der Generationen aktiv fördern	13
4. Menschen mit Behinderungen eine eigenbestimmte Teilhabe ermöglichen	15
5. Angemessenen Wohnraum schaffen und erhalten	17
6. Die Qualität des Gesundheitswesens auf hohem Niveau sichern	19
7. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahren	21
8. Das vielfältige kulturelle Angebot erweitern	24
9. Den Sport in Rheinland-Pfalz weiter voran bringen	26
III. lernen	
Für ein Land mit Zukunft	29
1. Unsere leistungsfähige Schullandschaft ausbauen	30
2. Gute Schule machen	31
3. Die Unterrichtsversorgung sichern	33
4. Faire Chancen für alle eröffnen	34
5. Für das Kommunikationszeitalter fit machen	36
6. Die berufliche Bildung stärken	37
7. Durch Ausbildung aller Jugendlichen die Zukunft unseres Landes sichern	38
8. Leistungsfähigkeit der Hochschulen weiter stärken	39
9. Lebenslanges Lernen auf allen Ebenen verankern	41
10. Zukunft durch Forschung und Technologie gestalten	42

IV. arbeiten

Für innovative Arbeitsplätze	44
1. Den Wirtschaftsstandort gezielt weiterentwickeln	45
2. Im Bündnis für Arbeit und Ausbildung die Kräfte bündeln	46
3. Unternehmen fördern, die etwas unternehmen	47
4. Arbeit muss sich lohnen	48
5. Mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur die zentrale Lage nutzen	49
6. Die Chancen von Multimedia im Interesse von Innovation und Beschäftigung nutzen	51
7. Die Modernisierung nach dem Abzug der Streitkräfte weiter voranbringen	53
8. Erfolgreich und im Einklang mit der Natur landwirtschaften	54
9. Die hohe Qualität unserer Weine vermarkten	55
10. Energie nachhaltig gewinnen und nutzen	56
11. Eine Innovationsoffensive für Tourismus starten	57

V. gestalten

Für eine aktive Bürgergesellschaft	60
1. Durch solide Finanzen die Zukunft sichern	61
2. Staat und Verwaltung modernisieren, die Bürgergesellschaft fördern, das Ehrenamt stärken	63
3. Umfassende Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten	66
4. Zeitgemäß Recht schaffen	69
5. Die Chancen einer Kernregion nutzen	71
6. Das Europa der Regionen aktiv gestalten	72
7. Eine Kultur des Miteinander schaffen	74

VI. Rheinland-Pfalz in guten Händen

***Leben in
Rheinland-Pfalz***

Leben in Rheinland-Pfalz

Auch in Zukunft: Innovation und Gerechtigkeit

Die rheinland-pfälzische SPD ist eine moderne Partei mit Tradition. Seit über 130 Jahren bestimmen Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Chancengleichheit ihr Handeln. Auf dieser Grundlage wächst auch eine zukunftsorientierte Politik. Sie will einen leistungsfähigen Staat mit gesunden Finanzen. Sie stärkt die Eigenverantwortung und das gesellschaftliche Engagement. Sie steht für wirtschaftlichen Erfolg und ökologische Weitsicht.

Die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz haben uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten 1991 in die Regierungsverantwortung gewählt. Seither haben wir viel erreicht:

Jedes Kind hat einen Kindergartenplatz. Wir haben trotz großer finanzieller Probleme in Schulen und Hochschulen investiert. Wir sind aus eigener Kraft die Herausforderung durch den Abbau der militärischen Präsenz in unserem Land entschlossen angegangen. Viele tausend neue Arbeitsplätze konnten geschaffen werden.

Wir haben die drittniedrigste Arbeitslosigkeit aller Bundesländer, trotz schwieriger Rahmenbedingungen. Darauf sind wir stolz. Wir stellen sicher, dass jeder Jugendliche die Chance auf einen Ausbildungsplatz hat. In unserem Bemühen, mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Generationen herzustellen, sind wir deutlich vorangekommen.

Wir haben mit dem Rheinland-Pfalz-Takt und dem Ausbau der Verkehrswege die Mobilität nachhaltig erhöht.

Unter sozialdemokratischer Verantwortung in Bund und Land ist mit dem Ausstieg aus der Kernenergie begonnen worden. Das AKW Mülheim-Kärlich geht nicht mehr ans Netz!

Schließlich: Die Menschen in Rheinland-Pfalz leben sicherer als andernorts, dank gut arbeitender Polizei und Justiz.

Diese Beispiele zeigen: Rheinland-Pfalz ist unter der Führung der SPD und des Ministerpräsidenten Kurt Beck auf einem guten Weg. Dies ist die gemeinsame Leistung aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Vielen, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind, ist unser Land Heimat geworden. Die Schönheit der Landschaft, die gelungene Verbindung von städtischen und ländlichen Strukturen, die Lebenskultur in unseren vielfältigen Landesteilen, aber auch günstige Möglichkeiten zum Wohnen und Bauen waren für viele Grund nach Rheinland-Pfalz zu ziehen.

Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind heimatbewusst und weltoffen. Sie sind überzeugte Europäer. Unsere Jahrzehnte lange Partnerschaft mit der französischen Region Burgund stützt sich vor allem auf das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger und gilt daher als Vorbild für ein zusammenwachsendes Europa. Unsere Zusammenarbeit mit den Nachbarn in Frankreich, Belgien und Luxemburg ist beispielhaft. Wir werden diese Entwicklung fortsetzen und ausbauen.

Rheinland-Pfalz ist traditionell gastfreundlich. Die Integration von Menschen aus anderen Ländern und Regionen begreifen wir als Chance zur kulturellen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung. Sie sind uns daher willkommen. Fremdenfeindlichkeit hat in Rheinland-Pfalz keinen Platz.

Solidarität muss unsere Gesellschaft prägen, Solidarität zwischen Männern und Frauen, Armen und Reichen, Alten und Jungen, Starken und Schwachen, Gesunden und Kranken, Behinderten und Nichtbehinderten. Familien mit Kindern gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Vor allem wollen wir die Voraussetzung dafür schaffen, dass Beruf und Kinder sich nicht ausschließen. Das Angebot an Einrichtungen, in denen Kinder ganztags betreut werden können, werden wir flächendeckend ausweiten.

Wir sorgen für mehr Chancengleichheit und damit für eine gerechtere Gesellschaft. Die SPD Rheinland-Pfalz misst daher der Chancengleichheit von Männern und Frauen besondere Bedeutung zu. Sie ist dem im Amsterdamer Vertrag festgelegten "geschlechtsbezogenen Ansatz" ("Gender Mainstreaming") verpflichtet. Sie wird sämtliche politischen Konzepte und sämtliche Maßnahmen daraufhin überprüfen, wie sie sich auf die Situation von Frauen und Männern auswirken, und ob sie dem Ziel der Chancengleichheit beider Geschlechter dienen.

Alle müssen die gleiche Chance für eine gute allgemeine und berufliche Bildung haben. Dies ist Voraussetzung für Arbeit und damit ein selbstbestimmtes Leben. Alle rheinland-pfälzischen Jugendlichen müssen auf lebenslanges Lernen hin ausgebildet werden.

Bildung und Ausbildung entwickeln wir auch qualitativ weiter. So werden Kinder bereits im Kindergarten eine Fremdsprache spielerisch lernen können. In den Grundschulen werden wir ab dem ersten Schuljahr Fremdsprachen anbieten. Die Ausbildung werden wir auch dadurch zukunftssicher machen, dass jede Schülerin und jeder Schüler die modernsten Techniken nutzen kann.

Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg sind dynamische Unternehmen, gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine leistungsfähige Infrastruktur. Mit einer gezielten Förderung mittelständischer Unternehmen, der Hilfe bei Existenzgründungen und der Zusammenarbeit von Staat, Gemeinden und privaten Unternehmen unterstützen wir die Industrie, das Handwerk und die Dienstleister in Stadt und Land, die Bauern und Winzer in ihrem Bemühen, wettbewerbsfähig zu bleiben. Für unsere ländlichen Regionen schaffen wir mehr Chancengleichheit durch die Anbindung an die modernen "Datenautobahnen".

Wir brauchen einen leistungsfähigen Staat. Er sorgt für sozialen Ausgleich, für ein Bildungswesen, das allen gleiche Chancen auf eine gute allgemeine und berufliche Ausbildung bietet. Er garantiert die innere und äußere Sicherheit und schafft die notwendige Infrastruktur für eine leistungsfähige Wirtschaft. Leistungsfähig ist der Staat aber nur dann, wenn er sich nicht weiter verschuldet. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass für die staatlichen Tätigkeiten keine neuen Kredite mehr aufgenommen werden.

Der Staat ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kein Selbstzweck, er hat eine dienende Funktion. Er soll dazu beitragen, die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger zur selbstverantwortlichen Lösung gesellschaftlicher Aufgaben zu verbessern. Die SPD-geführte Landesregierung wird daher die Bedingungen für mehr Bürgerbeteiligung verbessern und das ehrenamtliche Engagement fördern.

Die SPD versteht sich als Gestalterin und Dienstleisterin in einer modernen Bürgergesellschaft. Gewerkschaften, Kirchen und andere gesellschaftliche Organisationen sind uns wichtige Partner. Das Bündnis für Arbeit und Ausbildung in Rheinland-Pfalz ist eine wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Lebensstandortes.

Maßstab unseres Strebens ist der Mensch, unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe und Herkunft. Die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wollen wir durch unsere Politik für eine menschenwürdige Gesellschaft erfahrbar machen, auch durch unsere Politik in Rheinland-Pfalz in den kommenden fünf Jahren.

leben

Für ein lebenswertes Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz bietet eine hohe Lebensqualität. Reiches kulturelles Erbe, schöne Landschaften, lebendige bürgerschaftliche Traditionen, ein reges Vereinsleben und eine kreative Kulturszene tragen zu einem fest verwurzelten Heimatgefühl der Bürgerinnen und Bürger bei. Unser Land schafft durch seine ausgewogene und reizvolle Verbindung von ländlichem Raum und städtischen Strukturen ein attraktives Lebensumfeld. Seitdem die Bürgerinnen und Bürger uns 1991 in die Regierungsverantwortung gewählt haben, wächst die rheinland-pfälzische Bevölkerung wieder an: Vielen Neubürgerinnen und Neubürgern ist unser Land zur Heimat geworden.

Sozialdemokratische Politik in Rheinland-Pfalz ist traditionsbewusst und zukunftsorientiert. Unsere Bemühungen richten sich darauf, das Lebens- und Liebenswerte unseres Landes zu bewahren und die Bedingungen für einen attraktiven Lebensmittelpunkt Rheinland-Pfalz auch für das 21. Jahrhundert zu sichern und auszubauen. Die sozialdemokratische Landesregierung hat die Lebensqualität in unserem Land auf zahlreichen Feldern erhöht. Dabei verstehen wir unsere Politik für die Menschen als ein Ganzes: Einzelne Aspekte des Lebensumfeldes, Lebensphasen und Lebensumstände gehen ineinander über, bedingen einander. Für die Lebens- und Erfahrungswelt des Einzelnen stehen Familie, Natur- und Umweltschutz, Gesundheit und Kultur, Wohnen und Freizeitgestaltung in einem unmittelbaren Zusammenhang. Im Wissen darum wollen wir weiterhin unsere Politik für die Menschen des Landes gestalten und das Erreichte weiter ausbauen.

1. Familien stärken und kinderfreundliche Lebensbedingungen schaffen

Familien sind elementar wichtig für den Erhalt von Humanität und Vitalität unserer Gesellschaft. Moderne Familienpolitik heißt, der Vielgestaltigkeit von Familienwirklichkeit und zugleich den veränderten Anforderungen an Familie Rechnung zu tragen. Alleinerziehende mit Kindern sind selbstverständlich Familie, ihre Anliegen sind besonders zu berücksichtigen.

Kinderfreundlichkeit ist ein Markenzeichen unseres Landes. Rheinland-Pfalz hat als erstes westliches Bundesland den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erfüllt. Seit 1991 wurden mit Förderung der Investitionen durch die SPD-geführten Landesregierung in Höhe von 225 Millionen Mark 1.900 neue Kindergartengruppen mit rund 45.000 Plätzen für Kinder und rund 3.000 Stellen für Erziehungspersonal geschaffen. Die Landeszuschüsse zu den Personalkosten wurden nahezu verdoppelt. Hohe pädagogische Standards bei moderaten Elternbeiträgen sichern Rheinland-Pfalz unter den westlichen Bundesländern einen Spitzenplatz. Politik für Kinder hat für die sozialdemokratisch geführte Landesregierung Priorität. Politik auch mit Kindern zu machen, das ist der Leitgedanke des Programms "Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz". Mit ihm werden zahlreiche Modellprojekte von Kommunen, Vereinen, Verbänden sowie des Landes unterstützt.

Familienpolitik hat einen hohen Stellenwert in der SPD-geführten Landesregierung: Die Ansätze im Landeshaushalt, die für Familien besondere Relevanz haben, sind in zehn Jahren um mehr als die Hälfte angestiegen, von 970 Millionen im Jahr 1988 auf 1.630 Millionen 1998. Das umfassende Angebot an Kindergartenplätzen und eine Schulpolitik mit aufeinander abgestimmten Bildungsangeboten und verlässlichen Betreuungszeiten schaffen ein familienfreundliches Klima im ganzen Land.

Familien müssen weiterhin gefördert werden und brauchen Unterstützung, damit sie ihre Aufgaben bewältigen können. Deshalb werden wir:

die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Wir treten für eine familienfreundliche Arbeitswelt ein. Wir werden die Über-Mittag-Betreuung erweitern, mehr Ganztagsplätze einrichten und mehr Angebote für Kinder unter drei und über sechs Jahren zur Verfügung stellen. Dies kommt nicht nur Alleinerziehenden zu Gute, sondern allen Vätern und Müttern, die Familie und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren wollen. Deshalb setzen wir uns z.B. für flexible Teilzeitmodelle ein, die für Frauen und Männer attraktiv sind.

- den "Kindergeldzuschlag zum Ausstieg aus der Sozialhilfe" nach der Testphase zu einer Regelförderung weiterentwickeln.
- die Aktion "Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz" fortsetzen und die Position des Kindes weiter stärken.
- familienunterstützende Maßnahmen weiter ausbauen. Dies umfasst soziale Beratungen für Familien, Eltern- und Familienbildung, Förderung von Familienferien, Familienzentren als familiennahe Selbsthilfeeinrichtung.
- die Hilfen zur Erziehung ausbauen.

2. Zukunft engagiert mit der jungen Generation gestalten

Die junge Generation sieht der Zukunft zunehmend optimistisch und erwartungsvoll entgegen. Wir sorgen mit einer klaren und nachhaltigen Politik dafür, dass wir Gestaltungsspielräume für morgen erhalten und ausbauen. Jugendpolitik ist für uns mehr als Förderung von Freizeitaktivitäten. Jugend lebt jetzt und heute. Deshalb reichen die Initiativen der SPD-geführten Landesregierung von mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche, einer aktiven Ausbildungsplatzpolitik hin zu einer modernen Bildungspolitik, bei der die Heranführung an die neuen Medien zur Selbstverständlichkeit wird. Der Ausbau der Partizipation Jugendlicher wurde durch die Verankerung in der Kommunalverfassung und unterstützende Maßnahmen auf Landesebene gefördert. So können Jugendliche schon frühzeitig Demokratie leben lernen.

Jeder Jugendliche in Rheinland-Pfalz soll die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten. Die Schaffung neuer zukunftsorientierter Arbeitsplätze soll nach Willen der rheinland-pfälzischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch verstärkte Kooperation von Schule und Unternehmen vorangetrieben werden. Der Abbau nach wie vor bestehender Benachteiligungen von Mädchen und jungen Frauen hat für uns einen besonderen Stellenwert. Die Landesregierung fördert etwa den Zugang von Mädchen zu gewerblich-technischen Berufen und naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen und zugleich die Offenheit von Jungen für soziale Berufe.

Gerade junge Menschen erleben den Übergang in die Informations- und Wissensgesellschaft am deutlichsten. Neue Vorbilder und sinnstiftende Visionen müssen entwickelt werden, aber nicht mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern verbunden mit Freude, Lust, Motivation und der Gewissheit von jungen Männern und Frauen, dass sie Beruf und Familie miteinander in Einklang bringen können. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz wollen diesen Weg mit jungen Menschen gemeinsam gehen.

Junge Menschen werden in unserer Gesellschaft damit konfrontiert, dass Suchtmittel in einem erheblichen Maße verfügbar sind. Da sich Suchstoffe offenkundig nicht einfach aus der Welt schaffen lassen, sind verstärkt suchtpreventive Maßnahmen erforderlich. Im Mittelpunkt einer Suchtprävention, die sich an der Lebenswelt Jugendlicher orientiert, muss die Förderung der sozialen und emotionalen Kompetenzen junger Menschen stehen. Darüber hinaus sind Maßnahmen für besondere Risikogruppen (z.B. erstmals auffällig gewordene Konsumentinnen und Konsumenten oder Kinder Suchtkrankter) durchzuführen.

Jugendarbeit von heute geht auf die veränderten Bedürfnisse von jungen Menschen ein. Um die Weiterentwicklung und Weitergabe innovativer Konzepte der Jugendarbeit zu ermöglichen, haben wir die "Leitstelle" Partizipation" eingerichtet. Sie dient als zentrale Anlauf- und Koordinationsstelle, berät, informiert und initiiert Modellprojekte und fördert den fachlichen Austausch. Breit angelegte Fortbildungen für Fachkräfte aus den Kommunen, der Jugendarbeit und sonstigen interessierten Gruppen tragen den Gedanken der Partizipation in alle Teile unseres Landes. Jugendliche wissen, was sie wollen! Bei unserem politischen Handeln müssen wir sie ernst nehmen und ihre Zeitvorstellungen berücksichtigen. Die Aktion "Net-Part" vernetzt Ideen, Aktionen und Initiativen. Engagierte und Neugierige finden hier Adressen, Ansprechpartner und Anregungen; Meinungen und Erfahrungen können ausgetauscht werden. Dieses Beispiel

macht deutlich, dass wir die innovative Jugendarbeit fortsetzen wollen. Wir werden auch die Entwicklung geschlechtsspezifischer Angebote sichern. Jugend und Zukunft ist und bleibt eines unserer zentralen politischen Handlungsfelder.

Deshalb werden wir:

- die vermehrte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalpolitischen Entscheidungen vorantreiben.
- eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche in jedem Ministerium schaffen.
- Jugendliche gezielt an neue Medien heranzuführen.
- auf die Chancengleichheit bei der Nutzung der neuen Medien achten. Jedem jungen Menschen muss der Zugang zu elektronischen Medien möglich sein. Soziale Unterschiede dürfen keine Entwicklungsschranken bilden.
- die Aktion "Net-Part" als landesweite Plattform fortentwickeln.
- einen Jugendserver auf Landesebene schaffen, der alle Angebote für Jugendliche umfassend abrufbar macht und mit dem Jugendserver auf Bundesebene verbunden wird.

3. Das Miteinander der Generationen aktiv fördern

Das Miteinander der Generationen aktiv zu fördern ist eines der zentralen Anliegen der rheinland-pfälzischen Sozialdemokratie. Die ältere Generation verfügt über einen großen Schatz an Wissen und Erfahrung. Ihre stärkere Beteiligung am gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben dient allen. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird weiter wachsen. Wir werden die Möglichkeiten einer aktiven Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben weiter verbessern, das Zusammenleben von Jung und Alt durch neue Initiativen fördern und denen, die besonderer Hilfe bedürfen, bedarfsgerechte Angebote weiterhin wohnortnah zur Verfügung stellen.

Seniorinnen und Senioren werden immer aktiver. Dies zeigt sich an der Entwicklung und Arbeit der kommunalen Seniorenbeiräte und in einer Vielzahl anderer Senioreninitiativen. Viele Menschen haben mit Unterstützung des Landes und der Landesleitstelle "Älter werden in Rheinland-Pfalz" neue sinngebende Betätigungen gefunden. Auch hierbei geht es um gemeinsames Handeln von Alt und Jung. Die Teilhabe der älteren Generation muss sichergestellt und ausgebaut werden.

Neue Wohnformen für ältere Menschen wurden auf Betreiben der sozialdemokratisch geführten Landesregierung erprobt und eingeführt. Diese orientieren sich an den individuellen Wohnwünschen von Älteren, die statt Isolation neue Haus- und Wohngemeinschaften suchen. Die landesweite Beratungsstelle "Alten- und behindertengerechtes Bauen und Wohnen" arbeitet mit Architekten und Planern zusammen und bietet dezentrale Beratungs- und Fortbildungsangebote, die von allen Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden können. Hier werden Möglichkeiten entwickelt, wie Wohnungen den speziellen Bedürfnissen des Alters oder bei Behinderung angepasst werden können.

Seitdem das Pflegeversicherungsgesetz in Kraft getreten ist, hat das Land sehr viel getan, um neue Angebote für ältere Menschen zu schaffen. Die SPD-geführte Landesregierung handelt hierbei nach dem Grundsatz "ambulant vor stationär", um älteren Menschen ein Leben in gewohnter Umgebung zu ermöglichen. Das Angebot der Altenpflegeheime liegt auf hohem Niveau, und die Möglichkeiten der ambulanten Betreuung wurden intensiv ausgebaut. Land und Kommunen fördern die Einrichtung ambulanter und teilstationärer Einrichtungen. 131 Sozialstationen und Beratungs- und Koordinierungsstellen kümmern sich um die Menschen mit Pflegebedarf.

Ältere Menschen sollen in Rheinland-Pfalz ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben in gewohnter Umgebung führen. Deshalb werden wir:

- die Selbständigkeit und Unabhängigkeit älterer Menschen unterstützen und ihr bürgerschaftliches Engagement stärker in die Gesellschaft tragen.
- die Gemeinde- und Landkreisordnung mit dem Ziel ändern, die Mitwirkungsmöglichkeiten von Seniorinnen und Senioren in der Gemeinde zu stärken.
- Fortbildungsangebote für Aufgaben im Ehrenamt und Weiterbildungen für die Nutzung neuer Medien schaffen.
- Forschungsprojekte an Universitäten und Fachhochschulen des Landes fördern, die sich mit Fragen des Alters und des Alterns befassen.

- Menschen unterstützen, die selbständig und selbstorganisiert ihre Wohninteressen realisieren wollen.
- in der Öffentlichkeit, im Bau- und im Sozialwesen einen Standard "Barrierefreie Lebensumwelt" schaffen.
- Qualitätskriterien für besondere Wohnformen wie das Betreute Wohnen für Seniorinnen und Senioren entwickeln.
- Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf bei der Realisierung ihrer Interessen unterstützen und die Möglichkeiten des Verbraucherschutzes überprüfen.
- pflegende Angehörige sind überwiegend Frauen. Diese werden wir mit speziellen Angeboten stärker entlasten.
- Pflegekräfte unterstützen und qualifizieren für besondere Aufgaben bei der Pflege und Betreuung psychisch beeinträchtigter alter Menschen.

4. Menschen mit Behinderungen eine eigenbestimmte Teilhabe ermöglichen

Sozialdemokratische Politik zielt darauf, allen Menschen eine eigenbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Ein besonderes Augenmerk gilt Menschen mit Behinderungen. Die Angebote sind vielfältig und sehr differenziert. Im Vergleich der Länder stehen wir an vorderer Stelle.

Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zu schaffen, hat in den letzten Jahren Vorrang erhalten. Der Anspruch auf einen Arbeitsplatz in der Werkstatt für Behinderte wurde eingelöst. Über 2.000 Arbeitsplätze in Werkstätten für Behinderte wurden seit 1991 zusätzlich geschaffen. Die Ausgaben des Landes und der Kommunen für Eingliederungshilfe haben sich verdoppelt und nähern sich der Milliardengrenze. Die Landesregierung legte 1998 einen neuen Landesbehindertenplan vor. Integration und Normalisierung stehen als Ziel sozialdemokratischer Politik für Menschen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz im Vordergrund. Behinderte Frauen haben besondere Probleme, was die persönliche Unterstützung, Betreuung, die soziale Absicherung oder die Integration in den Arbeitsmarkt anbelangt. Deshalb wird die Beschäftigung für Behinderte bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern verstärkt gefördert. Lohnkostenzuschüsse, Integrationsfachdienste und -betriebe helfen auf dem Weg in den ersten Arbeitsmarkt. Inzwischen gibt es im ganzen Land Integrationsfachdienste zur individuellen Begleitung von Menschen mit Behinderungen.

Das Modell "Selbst bestimmen – Hilfe nach Maß für Behinderte" der sozialdemokratisch geführten Landesregierung soll Menschen mit Behinderungen neue Lebensperspektiven geben. Es ermöglicht dem Einzelnen, selbst zu bestimmen, welches Hilfeangebot er wo, wie und von wem in Anspruch nehmen möchte. Betroffene können mittels eines "Persönlichen Budgets" die für sie notwendige und sinnvolle individuelle Hilfe selbst "einkaufen". Das "Persönliche Budget" wird als ambulante Eingliederungshilfe verstanden, die der sozialen Eingliederung, ihrer vollständigen Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und der Normalisierung des Wohnens und Arbeitens dienen soll. Die Erfahrungen, die bislang gesammelt werden konnten, sind durchweg positiv.

Die Reform der Ziele und Inhalte der Behindertenpolitik hat ihre Bestätigung in der im Jahr 2000 auf Betreiben der sozialdemokratisch geführten Landesregierung geänderten Landesverfassung gefunden. Artikel 64 lautet: "Das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände schützen behinderte Menschen vor Benachteiligungen und wirken auf ihre Integration und die Gleichwertigkeit ihrer Lebensbedingungen hin". Durch die Änderung der Landesbauordnung konnte zudem ein wichtiger Schritt zur Verbesserung des Wohnangebots realisiert werden. Gleichzeitig hat damit die Idee der Barrierefreiheit Platz im öffentlichen Bewusstsein gefunden. Die öffentliche Diskussion, die die sozialdemokratisch geführte Landesregierung anstieß, hat sich als äußerst wirksam erwiesen.

Diese erfolgreiche Politik wollen wir weiterentwickeln. Deshalb werden wir:

- die Leistungsfähigkeit der Integrationsfachdienste weiter erhöhen und ihre Wirksamkeit dadurch stärken, dass sie in der Vermittlung von Arbeitsplätzen frühzeitig und umfassend eingeschaltet werden.
- in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft Möglichkeiten entwickeln, die Bedingungen der Integrationsbetriebe in größeren Unternehmen anzuwenden.
- das Modell "Selbst bestimmen - Hilfe nach Maß" auf das ganze Land ausweiten. Ziel ist es, die Situation der Menschen mit Behinderungen gemäß dem Auftrag der Landesverfassung zu verbessern und durch Integration Benachteiligung zu verhindern.
- eine Änderung des Bundessozialhilfegesetzes anstreben, um die Aufgabenteilung zwischen örtlichen und überörtlichen Trägern aufzuheben. Dadurch kann die Entwicklung neuer Angebote gefördert werden.
- die Tätigkeit der Beratungsstellen für barrierefreies Bauen ausweiten und die Zusammenarbeit mit der Architektenkammer und den Kommunen verstärken.
- die Forderung nach barrierefreier Gestaltung von öffentlichem und privatem Raum nicht auf die Anwendung der Landesbauordnung beschränken. Beratung soll auch die privaten Bauherren, das Land und die Gemeinden im Planungsprozess frühzeitig unterstützen.

5. Angemessenen Wohnraum schaffen und erhalten

Wir wollen, dass bezahlbare und gesunde Wohnungen in ausreichender Zahl angeboten werden, die den Bedürfnissen von Familien und Einzelnen gerecht werden. Wohnen ist ein Grundrecht wie Arbeit und Bildung. Jeder hat Anspruch auf eine menschenwürdige Wohnung. Der Schutz der Mieter durch ein soziales Mietrecht muss dauerhaft gesichert bleiben. Es ist die Aufgabe des Staates und der Gesellschaft denen zu helfen, die ihre berechtigten Wohnansprüche nicht aus eigener Kraft erfüllen können oder die als Minderheiten am Wohnungsmarkt auf Ablehnung stoßen. Der soziale Wohnungsbau als Miet- und Eigenheimbau bleibt daher unverzichtbar.

Rheinland-Pfalz liegt mit einem Bevölkerungszuwachs von über fünf Prozent an der Spitze aller Bundesländer. Aus diesem anhaltenden Wachstum ergeben sich Konsequenzen: Vor allem Familien brauchen ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum. Mit einem Bestand von rund 1,8 Millionen Wohnungen und einer anhaltenden regen Bautätigkeit befindet sich Rheinland-Pfalz auf Rekordniveau. Allein in den letzten zehn Jahren sind 236.000 Wohnungen hinzu gekommen.

Große Bedeutung kommt der Konversion ehemals militärisch genutzter Wohnanlagen in Rheinland-Pfalz zu. Hier erkannte die sozialdemokratisch geführte Landesregierung schnell die einmalige Chance, durch Umwidmung ehemals militärisch genutzter Wohnanlagen den landesweit beklagten Wohnungsmangel zu beheben und vor allem Familien mit angemessenem, preisgünstigem Wohnraum zur Miete oder zum Eigentum zu versorgen. Die Fördermittel kamen bisher überwiegend Haushalten mit Kindern zugute. Die rheinland-pfälzische Konversionspolitik leistet hier einen wichtigen sozial- und familienpolitischen Beitrag.

Die Zahl der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser in Rheinland-Pfalz ist gegenwärtig auf dem höchsten Stand seit zwanzig Jahren. Zugleich räumt die sozialdemokratisch geführte Landesregierung der Förderung des sozialen Wohnungsbaus unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen einen hohen politischen Stellenwert ein. Darüber hinaus bildet die Modernisierung von Wohnungen und ihre barrierefreie Gestaltung einen immer wichtiger werdenden Schwerpunkt.

Über Maßnahmen der Stadterneuerung konnte die Wohn- und Umweltqualität vieler Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz nachhaltig verbessert, der wirtschaftliche Strukturwandel angestoßen und das baulich-kulturelle Erbe gepflegt und bewahrt werden. In vielen Gemeinden entsteht ein Stück "neue Stadt". Für Maßnahmen der städtebaulichen Erneuerung wurden den Städten und Gemeinden seit 1991 rund eine Milliarde Mark bereitgestellt.

Besonderes Augenmerk sozialdemokratischer Bemühungen richtet sich auf die Verbesserung des sozialen Wohnumfeldes. Eine Konzentration von Mietern, die gesellschaftlich benachteiligt sind, führt zu sozialen Spannungen zwischen einzelnen Bewohnergruppen. Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum muss einhergehen mit sozialen Hilfestellungen, die Bewohnerinnen und Bewohner zur Verantwortung und Selbsthilfe ermuntern. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung fördert das Bundesmodell "Soziale Stadt". Ziel des Modells ist es, alle zuständigen Ministerien, Behörden und Verbände zu koordinieren und somit einen zielgerichteten Einsatz aller verfügbaren Mittel für die Wohnumfeldverbesserung zu gewährleisten.

Die Dorferneuerung hat sich in den letzten Jahren zu einem maßgeblichen Baustein ländlicher Strukturpolitik entwickelt. Unser Ziel ist eine umfassende Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Dorferneuerungsplanung stellt ein Instrument dar, mit dem heute unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Leitbilder für morgen formuliert werden. Die Dorferneuerung hat sich zu einer großen Bürgerinitiative entwickelt, an der sich bislang rund 1.800 Ortsgemeinden beteiligt haben. Darauf dürfen wir stolz sein! Die Dorferneuerungsmaßnahmen tragen zur Schaffung von Wohnraum und zur Stärkung der Ortskerne bei.

Bedeutender Bestandteil der Wohnungs- und Städtebaupolitik der SPD-geführten Landesregierung ist die Umweltpolitik. Neben steuerlichen Anreizen und Maßnahmen zur Förderung des energiesparenden Bauens werden mit dem Programm "Experimenteller Wohnungs- und Städtebau" der Landesregierung wichtige Impulse für umweltgerechtes und nachhaltiges Bauen gegeben. Neben Energiespareffekten wird dabei auf Aspekte des flächensparenden Bauens, der Landespflege und der Wasserwirtschaft geachtet.

Wachsende Bedeutung kommt dem Bauen für Menschen zu, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. "Barrierefreie" Wohnformen kommen älteren Menschen und Behinderten zu Gute. Durch die Veränderung der Landesbauordnung durch die sozialdemokratisch geführte Landesregierung konnte ein wichtiger Schritt hin zur "Barrierefreiheit" vollzogen werden. Bereits 1994 wurde die Landesberatungsstelle "Alten- und Behindertengerechtes Bauen und Wohnen" in Mainz eingerichtet. In Trägerschaft mit der Verbraucherzentrale und in Kooperation mit der Architektenkammer Rheinland-Pfalz werden hier Bürgerberatungen angeboten und Fachveranstaltungen durchgeführt. Mit dieser Entwicklung liegt Rheinland-Pfalz an der Spitze der Bundesrepublik. Dennoch liegt hier eine der großen Herausforderungen für die Zukunft.

Angemessenen Wohnraum für Familien, ältere Menschen, Behinderte und sozial Benachteiligte zu schaffen und zu erhalten ist eine Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik in Rheinland-Pfalz. Deshalb werden wir:

- die Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf hohem Niveau halten.
- Bauen und Modernisieren weiterhin fördern.
- unsere Bemühungen für ein barrierefreies Wohnumfeld ausweiten.
- umweltgerechtes und nachhaltiges Bauen fördern.
- die Programme zur Stadt- und Dorferneuerung fortführen.

6. Die Qualität des Gesundheitswesens auf hohem Niveau sichern

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten, bei allen Notwendigkeiten der Kosteneffizienz, dafür ein, dass die medizinische Versorgung für alle Menschen in diesem Lande bezahlbar bleibt!

Das Gesundheitswesen in Rheinland-Pfalz ist auf einem hohem Niveau. Leistungen wurden ausgebaut und Strukturen verbessert. Ziel und Motto der SPD-geführten Landesregierung ist dabei ein "Gesundes Rheinland-Pfalz". Im Zuge dieser konzertierten Aktion wurden Gesundheitsziele für Rheinland-Pfalz formuliert. Dadurch wird Landesgesundheitspolitik konkret. Das Programm eröffnet die Chance zu Vereinbarungen zwischen allen Beteiligten: Leistungserbringer, Kostenträger, Patientinnen und Patienten werden sich als Akteure des gemeinschaftlichen Gesundheitswesens bewusst.

Die Erforschung sogenannter Volkskrankheiten wie Schlaganfall, Bluthochdruck und Diabetes war Gegenstand der Gesundheitsberichterstattung der sozialdemokratisch geführten Landesregierung und des Programms "Gesundes Rheinland-Pfalz". Daraus entwickelten sich Konzepte zur Einrichtung von Schlaganfalleinheiten ("Stroke Units") und der Diabetesbeirat beim Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit. Die Landesregierung hat durch die Überarbeitung des Krankenhausplans 1997 einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, die Kostendämpfung durch erfolgreiche regionale Gesundheitspolitik einzuleiten und effektive Strukturen zu schaffen.

Die Psychiatriereform ist eine weitere Erfolgsgeschichte sozialdemokratischer Politik in Rheinland-Pfalz. An Allgemeinkrankenhäusern sind neue psychiatrische Abteilungen entstanden. Mehr als zwanzig Tageskliniken ergänzen die stationären Angebote und wirken in die Fläche. Teilstationäre Einrichtungen wie Tagesstätten mit Kontaktstellenangeboten unterstützen die soziale, medizinische und berufliche Rehabilitation psychisch kranker Menschen. Neue Angebote der Kinder- und Jugendpsychiatrie sind eingerichtet worden. Mit dem Modell "Wohnverbund" sind Hilfen unterschiedlicher Träger vertraglich verbindlich miteinander verknüpft worden.

Auch das Hilfesystem für suchtkranke Menschen wurde in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut und differenziert. Durch Suchtberatungsstellen und Fachkliniken für Alkohol-, Medikamenten- und Drogenabhängige konnte eine weitgehend flächendeckende und bedarfsgerechte Beratung und Behandlung sichergestellt werden. Die Versorgung chronisch mehrfachbeeinträchtigter Suchtkranker, bei denen eine Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist, wurde durch die Schaffung neuer Einrichtungen verbessert. Die Möglichkeiten sozialer und beruflicher Eingliederung behandelter Suchtkranker konnten durch Wohn- und Arbeitsprojekte erweitert werden.

Diese zukunftsweisenden Wege wollen wir weiter gehen. Deshalb werden wir:

- die ortsnahe Versorgung auf hohem qualitativem Niveau zu bezahlbaren Preisen sichern.
- die Rechte der Patientinnen und Patienten stärken.
- das stationäre Angebot der Akutversorgung weiter straffen.

- die "Gesundheitsreform 2000" umsetzen und besonders das ambulante Angebot stärken. Hausärzte sollen die wichtige Lotsenfunktion übernehmen.
- die integrierte Versorgung und vernetzte Praxen fördern.
- Konzepte zur Verbesserung und Vernetzung der Versorgungsangebote für chronisch Kranke weiterentwickeln.
- den Ausbau von Gesundheitskonferenzen als Instrumente regionaler Zusammenarbeit im Gesundheitswesen unterstützen.
- durch Ausbau der regionalen Kontakt- und Informationsstellen die Selbsthilfearbeit stärken und das bürgerschaftliche Engagement fördern.
- zielgruppenorientierte Präventions- und Versorgungsangebote im Gesundheitswesen schaffen.
- die gemeindenahere Psychiatrie weiterentwickeln und die vorgesehene Regionalisierung der stationären und teilstationären Angebote weiter umsetzen.
- durch Schaffung geeigneter Wohnformen für psychisch kranke Menschen ein in die Gesellschaft integriertes normales Leben ermöglichen.
- die notwendigen Hilfen zu Verbänden zusammenschließen, damit jeder, der Hilfe benötigt, auch Hilfe erhält.
- suchtpräventive Maßnahmen ausbauen sowie die Vernetzung von ambulanten, teilstationären und stationären Hilfen für Suchtkranke unterstützen und die Qualitätsentwicklung fördern.
- zur besseren Bekämpfung von Brustkrebs Maßnahmen zur Vernetzung, Prophylaxe, Früherkennung und Aufklärung durchführen.

7. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahren

Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen ist uns ein besonderes Anliegen. Der Erfolg der rheinland-pfälzischen Umweltpolitik beruht auf dem Zusammenwirken von ökologischer Verantwortung und ökonomischer Kompetenz. Ökologie und Ökonomie gehören zusammen. Nur was ökologisch richtig ist, macht auf Dauer ökonomisch Sinn.

Umweltschutz bedeutet Lebensqualität. Im Mittelpunkt steht dabei der Schutz des Bodens, des Wassers und der Luft. So haben wir zur Erhaltung und Renaturierung von Bächen und Flüssen 1994 die "Aktion Blau" gestartet. Mehr als zweihundert Projekte sind bereits umgesetzt worden. Der Erfolg lässt sich sehen: Flüsse und Bäche sind wieder sauberer und voller Leben.

Die Vernetzung von Biotopsystemen ist unser Ziel. Naturschutz und Naturnutzung sind für uns kein Gegensatz. Wir setzen deshalb auf die Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern und beziehen diejenigen ein, die die Natur bewirtschaften. Als erstes Bundesland hat Rheinland-Pfalz ein Öko-Konto eingerichtet. Dieses ermöglicht die flexible und effiziente Handhabung bei Ausgleichsmaßnahmen nach Eingriffen in die Natur.

Wald ist sowohl Wirtschaftsfaktor als auch Natur-, Lebens-, und Erholungsraum. Um diese vielfältigen Funktionen zu erhalten, hat die Landesregierung die naturnahe Waldwirtschaft eingeführt. Mischwälder statt Monokulturen heißt das Prinzip unserer Forstwirtschaft.

Eine natürliche Umgebung und ausreichende Aktionsräume sind wichtig für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Die Schaffung einer kinderfreundlichen Umwelt bildet einen politischen Schwerpunkt der sozialdemokratisch geführten Landesregierung. Wir haben deshalb den Weg geebnet für mehr als einhundert naturnahe Spielräume in Rheinland-Pfalz.

Der Hochwasserschutz hat für uns hohe Priorität. Das Land hat zahlreiche Hochwasserschutzmaßnahmen und Deichsanierungen durchgeführt. Unser Konzept heißt dabei: versickern, renaturieren und rückhalten.

In der Abfallpolitik setzt Rheinland-Pfalz seit Jahren erfolgreich auf innovative Lösungen. "Ressourcen nutzen" ist dabei unser Motto. Bei der Erfassung von Wertstoffen aus privaten Haushalten liegt das Land in der Spitzengruppe der Bundesländer. In den letzten acht Jahren wurde so die Abfallmenge halbiert.

Unter Führung von Bundeskanzler Gerhard Schröder wurden die Verhandlungen über den Ausstieg aus der Atomenergie erfolgreich abgeschlossen. Dieser Atomkonsens ist auch eine historische Entscheidung für Rheinland-Pfalz. Er bedeutet das endgültige Aus für den Atomkraftwerksstandort Mülheim-Kärlich. Damit ist es nicht nur gelungen, eine Inbetriebnahme des Atommeilers zu verhindern, sondern auch einen eventuellen Schadensersatz in Milliardenhöhe vom Land Rheinland-Pfalz abzuwenden. Der Ausstieg aus der Atomenergie bedeutet für uns gleichzeitig den Einstieg in eine moderne, zukunftsorientierte Energiepolitik, die auf umweltfreundliche Energieträger und mehr Energie-Effizienz setzt.

Schutz der Umwelt heißt auch Schutz der menschlichen Gesundheit. So hat die SPD-geführte Landesregierung eine starke Gewerbeaufsicht geschaffen. Sie garantiert einen modernen Arbeits- und Umweltschutz in einer sich rasant wandelnden Arbeitswelt und ist ein kompetenter Ansprechpartner für Betriebe wie für alle Bürgerinnen und Bürger.

Qualität unserer Lebensmittel und Verbraucherschutz haben für die rheinland-pfälzische SPD einen besonderen Stellenwert. Das Land hat deshalb eine Verbraucherpartnerschaft mit den Fleischerverbänden, dem Landesmarktverband und der Verbraucherzentrale ins Leben gerufen. Sie garantiert, dass in Rheinland-Pfalz kein Fleisch von Rindern aus Großbritannien angeboten und verkauft wird! Zugleich haben wir die einheimischen Fleisch-Erzeuger gestärkt. Die SPD-geführte Landesregierung hat 1996 ein Etikettierungssystem für Rindfleisch aus Rheinland-Pfalz eingeführt. Hierdurch werden die Verbraucher umfassend über die Herkunft des Fleisches informiert.

Die Bio- und Gentechnologie wird in der Gesundheitsversorgung wie in der Ernährungssicherung in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen. Wir setzen uns für eine umweltverträgliche und ethisch verantwortbare Entwicklung und Nutzung der Biotechnologie ein. Die Sicherheit der Verbraucher steht für uns dabei an erster Stelle. Wir setzen deshalb alles daran, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel und Vorprodukte unmissverständlich und für die Verbraucherinnen und Verbraucher eindeutig erkennbar gekennzeichnet werden.

In Rheinland-Pfalz ist der Verbraucherschutz bereits seit dem 01. Januar 2000 landesweit beim Landesuntersuchungsamt in Koblenz gebündelt. Diese neugeschaffene und bundesweit einmalige Struktur hat sich gerade jetzt bewährt. Sie ist ein wichtiger Baustein für die effiziente Wahrnehmung von Kontroll- und Überwachungsaufgaben durch eine Behörde. Doch die Entwicklungen der letzten Jahre in Europa und hier in Deutschland zeigen auch, dass der Verbraucherschutz noch weiter ausgebaut werden muss. Unsere Verbraucherinnen und Verbraucher müssen in die Lage versetzt werden, ihre Interessen mittels eines unabhängigen Verbrauchersanwaltes bei Parlamenten und Regierungen jederzeit einzufordern. Daher fordern wir bei den Parlamenten die Einrichtung eines(r) Verbraucherschutzbeauftragten als Anwalt/ Anwältin der Verbraucherinnen und Verbraucher. Diese(r) ist mit weitreichenden Kompetenzen auszustatten und nur dem Parlament verantwortlich.

Wir müssen die europäische Krise als Chance begreifen, die längst überfällige Reform der europäischen Agrarpolitik auf den Weg zu bringen. Mit den Mainzer Thesen hat das rheinland-pfälzische Umweltministerium bereits 1994 und 1998 Möglichkeiten und Wege für eine nachhaltig umweltgerechte, tiergerechte und damit auch verbrauchergerechte Landwirtschaft in Europa aufgezeigt.

Wir haben den Tierschutz in der Landesverfassung verankert. Wir setzen uns für eine artgerechte Tierhaltung ein und unterstützen alle Entwicklungen von Alternativen zur Massentierhaltung. Denn ökologisch verantwortliche Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung sind Voraussetzungen für höchste Qualität landwirtschaftlich erzeugter Lebensmittel.

Eine weitsichtige Umweltpolitik ist und bleibt das Gebot ökologischer Verantwortung wie auch die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Die rheinland-pfälzische SPD ist sich

der Aufgabe bewusst, auch für die kommenden Generationen Bedingungen zu sichern, die ein gesundes Leben ermöglichen und ihnen dabei Spielräume für eigene Gestaltungsentscheidungen zu erhalten. Wir wollen in diesem Sinne ein "Bündnis für Nachhaltigkeit" zur Vermittlung innovativer Umweltpolitik schaffen.

Deshalb werden wir:

- die "Aktion Blau" weiter intensivieren.
- die Hochwasserrückhaltungen bis zum Jahr 2008 mit einem Aufwand von rund 300 Millionen Mark umsetzen.
- die Lebensqualität in unserem Land auch künftig durch einen am Nachhaltigkeitsprinzip orientierten Naturschutz sichern.
- die Recyclingquote weiter erhöhen.
- die Restabfallmenge weiterhin senken.
- uns weiterhin für hochwertige und gesunde Lebensmittel einsetzen.
- für die Zukunft der Restabfallentsorgung regionale Kooperationen unterstützen.
- den naturnahen Waldbau weiterentwickeln.
- das ökologische Bauen mit Holz verstärkt fördern.
- weitere Projekte zur Schaffung naturnaher Spielräume unterstützen.
- uns weiterhin dafür stark machen, dass der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz der Bundesrepublik verankert wird.
- den Arbeits- und Umweltschutz mit einer effizienten Gewerbeaufsicht weiter stärken.
- uns dafür einsetzen, dass das Aktionsprogramm der Agenda 21 ein tragender Bestandteil der zukünftigen rheinland-pfälzischen Landespolitik sein wird. Spezielle rheinland-pfälzische Belange sind dabei zu berücksichtigen. Das Land Rheinland-Pfalz sowie die rheinland-pfälzische Wirtschaft und die Kommunen sind hierbei gleichermaßen gefordert. Die Landesregierung unterstützt dabei die aktive Beteiligung von Frauen in den Agenda-Prozessen.
- auf Kooperation und Bürgernähe als Erfolgsrezept moderner Umweltpolitik setzen.
- die in den Mainzer Thesen aufgezeigten Möglichkeiten und Wege für eine nachhaltig umweltgerechte, tiergerechte und damit auch verbrauchergerechte Landwirtschaft in Europa auf den Weg bringen.
- beim Parlament eine(n) Verbraucherschutzbeauftragte(n) als Anwalt/ Anwältin der Verbraucherinnen und Verbraucher einsetzen.

8. Das vielfältige kulturelle Angebot erweitern

Kultur umfasst die Entwicklung von Werten und die Ausdrucksformen der Künste, ist Aufgabengebiet der Bundesländer, erhält regionale Identitäten und schafft Vielfalt. Sie dient im sozialdemokratischen Sinne der Selbstverständigung der Menschen über die Frage nach den Vorstellungen vom guten und richtigen Leben, und den Grundwerten: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Kultur ist für die Zukunft einer Gesellschaft entscheidend, weil Offenheit und Kreativität dazu beitragen, dass die Gesellschaft neuen Bedingungen gerecht werden kann, ohne die für ihr Selbstverständnis wesentlichen Qualitäten aufgeben zu müssen, wie Individualität und soziale Verantwortung, Freiheit und Menschenwürde.

Kultur ist kein Selbstzweck, sie fördert und ermutigt den Einzelnen auf vielfältige Weise: Entwerfen und Gestalten, Vision und Vorausschau, Verantwortung und Moral, experimenteller Geist, Spielfähigkeit, Kreativität, Ästhetik, Spaß und Lust.

Kultur in Rheinland-Pfalz ist vielfältig. Sie spiegelt sich in der Gestaltung des Ortes, im Vereinsleben, im Verhältnis der Institutionen zueinander, im Wechselverhältnis zwischen Schule – Bürger - Freizeiteinrichtung – Jugendtreff, in der gemeinsamen Gestaltung und Kooperation, in der Musikschule, der Theatergemeinde, zwischen den Chören, der Akzeptanz der heimischen Künstler und Künstlerinnen und ihrer Arbeiten, in der Kommunikation der Menschen einer Gemeinde miteinander – besonders und gerade auch mit dem Fremden und den Fremden! Das kulturelle Ehrenamt ist Bindeglied und Motor zugleich. Bauen und Wohnen, Dorf- und Stadtentwicklung, Landschaftspflege und vieles mehr sind Aspekte rheinland-pfälzischer Kulturpflege.

Vielfältige kulturelle Angebote prägen auch zehn Jahre "Kultursommer" in allen Teilen des Landes. Von den Orgel-Festwochen, über Jazz und Kunst auf Weingütern, Musik auf Burgen und Schlössern bis hin zum Bluesfestival: Mehr als drei Millionen Gäste nehmen jedes Jahr an über 1.600 Veranstaltungen unterschiedlichster Art teil. Der freien Kulturszene galt hierbei ein besonderer Schwerpunkt und gezielte finanzielle Förderung, mit dem Ziel, den Aufbau einer eigenen stabilen Organisationsstruktur zu unterstützen. Der Kultursommer ist auch im Bundesvergleich ein einmaliges Instrument nicht nur der Kulturförderung, sondern der Unterstützung auch anderer Leistungsthemen des Landes; Tourismus, Weinbau, Regionalmarketing. Er trägt entscheidend zur Profilierung eines überregionalen positiven Images bei.

In Rheinland-Pfalz wird Jugendkultur groß geschrieben und gefördert: Schüler- und Jugendzeitungen, Video-Filmtage, Nachwuchswettbewerbe für Rockbands oder auch Deutschlands erstes mobiles Internet-Café verleihen dem Lebensgefühl der jungen Generation Ausdruck. Aber all diese Besonderheiten wären nichts ohne eine umfassende Breitenarbeit im Kleinen, im Alltäglichen: In der Kinderkulturarbeit, in Musik- und Malschulen.

Der Beitrag von Frauen in Kunst und Kultur soll stärkere Beachtung finden. Daher unterstützt die Landesregierung unter anderem mit Frauenkulturkonferenzen, Seminaren für Künstlerinnen und einer Mentoring-Initiative die Vernetzung und gezielte Förderung von Künstlerinnen.

Drei außerordentlich eindrucksvolle Institutionen für Literatur und Kunst wurden von der SPD-geführten Landesregierung gegründet und erweitert. 1994 wurde mit dem Künstlerhaus Schloss Balmoral für Bildende Künstler ein neues Begegnungszentrum geschaffen. In Schloss Engers wurde 1995 die Akademie für Kammermusik untergebracht und zugleich der Aktionsradius der Villa Musica vergrößert. Im selben Jahr wurde das Künstlerhaus für Literatur, Edenkoben wesentlich vergrößert.

Zwölf Preise für Literatur, Musik und Bildende Kunst des Landes würdigen die Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern. Mit der Eröffnung des Neubaus des Pfalztheaters in Kaiserslautern, der Einweihung des Neubaus des Kleinen Hauses in Mainz und der Eröffnung des neuen Großen Hauses in diesem Jahr wird die traditionelle Kulturszene belebt.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland ist ein kulturelles Gut, das in der föderalen Zuständigkeit der Länder erhalten bleiben muss. Rundfunk und Fernsehen sollen von ihrem Programmauftrag her informieren, bilden und unterhalten – Rundfunk und Fernsehen sind aber auch offen für neue technologische Entwicklungen. SWR und ZDF sind wichtige Kulturfaktoren in Rheinland-Pfalz, sie fördern in besonderem Maße Literatur, bildende und darstellende Kunst und das Theater, sie sind wichtiger Auftrag- und Arbeitgeber. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen gewährleisten, dass jedem Bürger, jeder Bürgerin Informationen, Sport und Kultur frei zugänglich und bezahlbar bleiben.

Innerhalb der Grenzen unseres Landes liegen rund 500 Burgen und Schlösser, sichtbare Zeichen unserer Tradition und Vergangenheit. Die 1998 gegründete Organisation "Burgen, Schlösser, Altertümer" soll die denkmalpflegerischen Bemühungen der verschiedenen Institutionen und Vereine bündeln und den Erhalt unseres kulturhistorischen Erbes gewährleisten. Wir setzen uns für die Anerkennung des Mittelrheintals als Weltkulturerbe durch die UNESCO ein.

Diese vielfältigen kulturellen Angebote in unserem Land wollen wir weiterentwickeln. Deshalb werden wir:

- das vielfältige kulturelle Angebot erhalten und stärken. Dabei wollen wir möglichst viele Menschen erreichen.
- das kulturelle Ehrenamt stärken, zum Beispiel durch den weiteren Ausbau des Internet-Dienstes "Kulturland Rheinland-Pfalz".
- dazu beitragen, dass die Vernetzung von Kultur und Tourismus es ermöglicht, dass Gäste aus aller Welt in Rheinland-Pfalz Kultururlaub machen können.
- die freie Kulturszene auf ihrem innovativen Weg in die Moderne nachhaltig fördern.
- die Jugendkulturszene nachhaltig stützen und die Kinderkulturszene entwickeln.
- die Bibliotheken des Landes zukunftsfähig ausbauen, und landesweite Buchbestände virtuell zusammenführen.
- die "Stiftung Kultur" des Landes fortentwickeln und sie in ihrer unabhängigen Förderpolitik stärken.
- die hiesige Architektur als Bestandteil unserer Kunst und Kultur durch einen landesweit ausgelobten Preis beleben.

9. Den Sport in Rheinland-Pfalz weiter voran bringen

Sport fördert die Persönlichkeitsentwicklung, erhält die Gesundheit, schafft soziale Kontakte, baut Brücken und verbindet Kulturen.

Gut anderthalb Millionen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind Mitglied in einem der rund 6.200 Sportvereine von Rheinland-Pfalz. Fast noch einmal so viele treiben in ihrer Freizeit außerhalb der Vereine Sport. Mit annähernd drei Millionen Sportlerinnen und Sportlern zeigt sich Rheinland-Pfalz sportlich aktiv. Auf die Zehntausenden ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Sport können wir besonders stolz sein! Für Jogger gibt es Hunderte von Laufftreffs, ausgedehnte Radwanderwege erstrecken sich durch unser Land. Rheinland-Pfalz mit seinen vielen Flüssen, Seen und Mittelgebirgshängen bietet für Segeln, Rudern, Kanuwandern, Surfen, Klettern, Wandern, Drachen- und Gleitschirmfliegen ideale Möglichkeiten. Diese abwechslungsreichen sportlichen und touristischen Angebote machen unser Land lebenswert und attraktiv für zeitgemäße Freizeit- und Urlaubsgestaltung. Sport ist Lebensqualität. Im Sportland Rheinland-Pfalz hat jeder die Möglichkeit, den Sport seiner Wahl zu betreiben. Seit unserer Regierungsübernahme wurden im Land 660 Millionen Mark in den Sport investiert. Ein Drittel davon allein für den Bau von Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen der Kommunen und Vereine. Damit spielen wir in der "Championsleague".

Kinder erschließen sich ihre Welt durch Bewegung, Sport und Spiel. Sie eignen sich dabei früh Fähigkeiten und Fertigkeiten an, die für ihre Persönlichkeitsentwicklung von Bedeutung sind: für die Familie, für den Freundeskreis, für die Schule, für das Berufsleben. Wer als Kind den Sport schätzen und lieben gelernt hat, wird ihn stets als Bereicherung empfinden und ihn bis ins hohe Alter fortführen. Deshalb misst die SPD-geführte Landesregierung dem Schulsport und dem Jugendtraining enorme Bedeutung bei. Sie unterstützt seit Jahren sportliche Ferienfreizeiten in Sportschulen und Zeltlagern gleichermaßen wie sportliche Ferienprogramme für daheimgebliebene Kinder und Jugendliche. Die jährlichen Kreis- und Stadtsportfeste sowie das Landesjugend-sportfest werden von der Landesregierung mitfinanziert und -organisiert. Für junge Talente vieler Sportarten werden gesonderte Fördermittel bereitgestellt. Trainer und Trainingslager können so finanziert werden.

Von wachsender Bedeutung sind sportliche Freizeitangebote für ältere Menschen. Sport erhält die Gesundheit und erhöht das allgemeine Wohlbefinden, er fördert die Eigenständigkeit, schafft soziale Kontakte und wirkt so der Alters-einsamkeit und Altersresignation entgegen. Die Landesregierung fördert deshalb solche Vereine verstärkt, die altersgerechte Sportangebote entwickeln und bereit stellen. Besondere Förderung und Unterstützung erhalten auch Vereine, die behindertengerechten Sport anbieten. Die Landesregierung fördert den Behindertensport jährlich mit mehr als einer halben Million Mark. In über 160 Vereinen ist das Miteinander Behinderter und Nichtbehinderter zur Selbstverständlichkeit geworden. Das Streben nach "Barrierefreiheit" hat auch hier Einzug gehalten. Der Sport hilft so, Hemmnisse abzubauen und zu integrieren. Auf gleiche Weise verbindet Sport Nationalitäten und Kulturen. In einer Gesellschaft, die auf das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft angewiesen ist, bietet der Sport die Möglichkeit grundlegender sozialer Erfahrungen, er hilft Schranken abzubauen, Mitmenschlichkeit und Solidarität zu festigen. Der Sport in Rheinland-Pfalz leistet damit einen hervorragenden Beitrag zur Integration von Menschen unterschiedlichster Herkunft und kultureller Prägung in unsere

Gesellschaft. Der Sport ist deshalb ein wichtiger Partner in dem großen gesellschaftlichen Aktionsbündnis zur Bekämpfung von Fremdenhass und Rechtsextremismus.

Eine gut ausgebaute sportliche Infrastruktur ist ein bedeutender Vorteil im Wettbewerb der europäischen Regionen um neue Arbeitsplätze und Investitionen. Deshalb wird die sozialdemokratisch geführte Landesregierung auch in den kommenden Jahren in den Sport investieren. Wir werden:

- das Ehrenamt als unverzichtbaren Motor des Sports stärken.
- die Investitionen in den Sportstättenbau auf hohem Niveau halten.
- den Breiten- und Leistungssport über den Landessportbund und die Fachverbände weiterhin gezielt fördern.
- alle Bemühungen um die Austragung von Spielen der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Kaiserslautern unterstützen.
- zusätzliche Möglichkeiten der Talentförderung im Leistungssport entwickeln.
- wir werden Mentorinnen- und Coachingprojekte für Frauen unterstützen, um der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen der Sportverbände und -vereine zu begegnen.
- alten- und behindertengerechte Sportangebote bevorzugt unterstützen. Auf die barrierefreie Gestaltung von Sportstätten werden wir besonders achten.

lernen

Für ein Land mit Zukunft

Bildung und Wissenschaft sind die Basis für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, für wirtschaftlichen Erfolg und für sozialen Fortschritt. Bildung und Ausbildung prägen die Zukunftschancen junger Menschen. Die Anwendung von Bildung und Wissen sichert die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Daher brauchen wir leistungsfähige Schulen und Hochschulen, eine qualifizierte berufliche Aus- und Weiterbildung, exzellente Forschungs- und Technologieeinrichtungen und einen starken Schub für die Informations- und Kommunikationstechnologien.

Junge Menschen müssen lernen, selbstbestimmte Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft zu werden, und ihre Verantwortung innerhalb des gesellschaftlichen Gefüges und für ihr persönliches Leben zu erkennen.

Bildung ist somit zuallererst Förderung bei der Herausbildung eines selbstverantwortlichen Menschen zur Vorbereitung auf seine verschiedenen Aufgaben in Familie und Gesellschaft. Diese wichtige und zugleich schwierige Aufgabe kann schulische Bildung nur im Zusammenwirken mit anderen Kräften erreichen: Eltern und familiäres Umfeld müssen die Herausbildung von Selbstbewusstsein und Verantwortung des jungen Menschen unterstützen; das gesellschaftliche und das wirtschaftliche System müssen Hoffnung und realistische Zukunftschancen vermitteln.

Eine moderne Gesellschaft ist eine lernende Gesellschaft. Bildung und Wissen sind grundlegende Voraussetzungen zur Gestaltung des technischen und sozialen Wandels. Stetige Veränderungen und wachsende Herausforderungen machen es erforderlich, dass Bildung nicht mehr auf einzelne Phasen des Lebens beschränkt bleibt und Bildung für möglichst viele entsprechend ihrer Eignung und ihren Fähigkeiten ermöglicht wird. Ein zukunftsorientiertes Land muss auf ein gutes Zusammenwirken von theoretischem und praktischem Wissen und Können zurückgreifen können. Es braucht Kreativität und Originalität. Deshalb steht ein gut ausgebautes Bildungsangebot im Mittelpunkt unserer Anstrengungen.

Die Realisierung von Chancengleichheit bleibt für uns unverrückbares Ziel.

1. Unsere leistungsfähige Schullandschaft ausbauen

Rheinland-Pfalz hat ein leistungsfähiges Schulsystem, das in den letzten zehn Jahren deutlich erweitert und damit zukunftsfähig gestaltet werden konnte. Die über 1.000 Grundschulen des Landes wurden zu vollen Halbtagschulen ausgebaut. Mit festen Unterrichtszeiten leisten sie nicht nur einen entscheidenden Beitrag zu einer kindgerechten Schule, sondern auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir sind das erste Flächenland, das diesen Schritt erfolgreich vollzogen hat. Andere Bundesländer folgen nun unserem Beispiel.

Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien bilden das traditionelle Fundament unseres Bildungssystems. Daneben gibt es heute 16 Integrierte Gesamtschulen, von denen zwölf in den 90er Jahren eingerichtet wurden. Die Regionale Schule als Zusammenführung von Hauptschul- und Realschulbildungsgang hat sich zum bildungspolitischen Erfolgsmodell entwickelt. Sie ermöglicht wohnortnah ein qualifiziertes Bildungsangebot. Damit hat sie die Chancengerechtigkeit für die Schülerinnen und Schüler erhöht und zudem einen besonderen Beitrag für eine gute Schullandschaft im ländlichen Raum geleistet. Weitere Modelle, wie zum Beispiel die Duale Oberschule, werden erprobt.

Die steigenden Schülerzahlen erfordern nicht nur neue Schulen sondern auch neuen Schulraum. Seit Anfang der 90er Jahre wurde hierfür rund 1 Milliarde Mark seitens des Landes investiert. In Zusammenarbeit mit den Schulträgern ist schöner, kindgerechter und pädagogisch ausgestalteter Schulraum entstanden.

Wir wollen den eingeschlagenen Weg fortsetzen. Ziel wird es auch in Zukunft sein, für alle Schülerinnen und Schüler ein qualifiziertes Schulangebot in angemessener Entfernung zu ermöglichen. Deshalb werden wir:

- alle Schularten entsprechend ihren Bedürfnissen und ihrem jeweiligen Bildungsauftrag ausstatten.
- Die Hauptschulen besonders stärken. Die Sonderschulen besonders fördern.
- die Regionale Schule weiterentwickeln.
- Integrierte Gesamtschulen dort gründen, wo Eltern und Schulträger es wünschen.
- auch in Zukunft erhebliche Mittel für den Schulbau zur Verfügung stellen und darauf achten, dass Schulen pädagogisch und ökologisch ausgestaltet werden.

2. Gute Schule machen

Die Qualität des Bildungsangebotes ist in den Mittelpunkt der bildungspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland gerückt. Aufgerüttelt durch internationale Vergleichsstudien sind bundesweit vielfältige Initiativen ergriffen worden, um die Qualität des Bildungsangebotes zu sichern und zu verbessern. Die Schulen sollen verstärkt die Möglichkeit erhalten, neben den allgemeinen Rahmenvorgaben eigene Ziele zu definieren, geeignete Maßnahmen zu ergreifen und ihre Erfolge zu überprüfen. Das sind die Prinzipien aller Qualitätssicherungsprozesse.

Dabei wird das Zusammenwirken aller Beteiligten immer bedeutsamer: Die Bedürfnisse der Kinder- und Jugendlichen, die Erfahrungen der Lehrerinnen und Lehrer sowie die Wünsche und Erwartungen der Eltern sind wesentliche Faktoren für die Weiterentwicklung unserer Schulen.

Schule kann die wichtige erzieherische Rolle von Eltern und Familie nicht ersetzen, sie kann sie aber pädagogisch unterstützen. Wir wollen in der Schule Kinder und Jugendliche gut auf ihr zukünftiges Leben vorbereiten. Neben dem wichtigen fachlichen Basiswissen werden Schlüsselqualifikationen, die auf Arbeit und Beruf vorbereiten, immer wichtiger. Selbständigkeit, Verlässlichkeit, Teamfähigkeit, soziale Kompetenz und Zivilcourage sind für uns zentrale Bildungs- und Erziehungsziele. Wir setzen Schwerpunkte in der Multimedia- und Umwelterziehung, bei verstärkten ökonomischen Grundkenntnissen und vor allem bei Maßnahmen zur Vorbeugung gegen Gewalt. Ein wesentliches Ziel stellt die Befähigung eines jeden Jugendlichen dar, aktiv in der demokratischen Gesellschaft mitwirken zu können.

Unsere Schulen leisten gute Arbeit. Aber sie brauchen mehr Freiheit und Verantwortung, um auf die immer schneller werdenden Veränderungen und die konkrete Situation vor Ort reagieren zu können. Die Schulen sollen zu selbständigen, lernfähigen Einrichtungen weiterentwickelt werden. Deshalb wollen wir:

- die Zusammenarbeit aller an Schule Beteiligten, das heißt Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler, fördern. Chancengleichheit von Mädchen und Jungen ist ein wichtiger Bestandteil der Lehrerfortbildung.
- den Schulen mehr Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Sie sollen sich beispielsweise zunehmend ihre Lehrerinnen und Lehrer aussuchen können.
- eine stärker leistungsorientierte Bezahlung für Lehrerinnen und Lehrer einführen. Besonderes Engagement und besondere Leistungen von Lehrerinnen und Lehrern müssen auch finanziell anerkannt werden. Die Möglichkeiten der Dienstrechtsreform z.B. durch Leistungsprämien und -zulagen sollen genutzt und weiterentwickelt werden.
- die Schulaufsicht mit Qualitätsmanagement weiterentwickeln zu einem Beratungs- und Unterstützungssystem.
- die Lehrer- und Lehrerinnenausbildung im Hinblick auf neue Schulformen praxisnah modernisieren und zwischen den unterschiedlichen Lehrämtern durchlässiger gestalten.
- die Fort- und Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer in wichtigen Feldern verstärken, damit alle Lehrerinnen und Lehrer die Möglichkeit haben, moderne Inhalte und moderne Methoden in der Schule anzuwenden. Die Angebote werden einer Effizienzkontrolle unterzogen.

- die Qualifizierungsangebote für Schulleitungsmitglieder ausweiten. Die Anforderungen an die Schulleiterinnen haben sich erheblich verändert. Neben den pädagogischen Aufgaben sind zunehmend Organisations- und Managementfähigkeiten gefragt.
- die schulischen Inhalte weiterentwickeln und Kinder und Jugendliche insbesondere dabei unterstützen, sich durch selbstgesteuertes Lernen Eigenverantwortlichkeit und Selbstständigkeit anzueignen.

3. Die Unterrichtsversorgung sichern

Gute Schule machen heißt vor allem, guten Unterricht anzubieten. Die Sicherung der Unterrichtsversorgung ist und bleibt eine der zentralen Aufgaben der Landespolitik.

Bei steigenden Schülerzahlen und einem erheblichen qualitativen Ausbau des Bildungsangebotes hat das Land hier in den vergangenen Jahren vor großen Herausforderungen gestanden. Die Bildungspolitik war und ist deshalb der größte Schwerpunkt des Landeshaushaltes. Seit 1991 wurden die Haushaltsmittel für den Bildungssektor um circa 50 Prozent gesteigert - das sind rund 15 Prozent mehr als der Durchschnitt des Landeshaushalts -. Damit sind über 3.000 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen worden. Rund 10.000 Einstellungen auf neuen und wiederzubesetzenden Stellen haben dazu beigetragen, dass erstmals der Altersdurchschnitt der Lehrerkollegien nicht weiter angestiegen ist. Um einen ausreichenden Nachwuchs an geeigneten jungen Lehrerinnen und Lehrern zu sichern, wurden die Lehrerausbildung erheblich ausgeweitet und 1.000 zusätzliche Stellen für Referendarinnen und Referendare geschaffen. Zudem haben wir die Vertretungsmittel deutlich erhöht.

Darüber hinaus war es notwendig, auch die Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich zu belasten. Arbeitszeiterhöhungen und neue flexible Arbeitszeitmodelle haben den Lehrerinnen und Lehrern Zusätzliches abverlangt. Die jetzt erreichte Belastungsgrenze darf nicht überschritten werden.

Durch das zusätzliche Engagement aller Beteiligten konnte die Situation gemeistert werden. Die größte Anstrengung ist geschafft. Damit auch in Zukunft die Unterrichtsversorgung auf gutem Niveau gesichert ist, wollen wir:

- weiterhin den eindeutigen Schwerpunkt im Landeshaushalt auf die Bildung setzen.
- möglichst viele junge Lehrerinnen und junge Lehrer in den rheinland-pfälzischen Schuldienst übernehmen.
- zusätzliche Feuerwehrlehrerinnen und Feuerwehrlehrer in der Grundschule einsetzen, um Unterrichtsausfall zu vermeiden und den Erfolg der vollen Halbtagschule abzusichern.
- auch in anderen Schularten neue flexible Instrumentarien zur Vermeidung von Unterrichtsausfall einführen und dazu die Handlungsmöglichkeiten vor Ort erweitern, z.B. sollen Fort- und Weiterbildungsangebote auch am Wochenende und in den Ferien angeboten werden.
- die Zeiten wieder zurückgehender Schülerzahlen nutzen, um pädagogische Verbesserungen in den Schulen und eine Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer zu erreichen.

4. Faire Chancen für alle schaffen

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben seit jeher der Bildung einen besonderen Stellenwert eingeräumt und sehen insbesondere die Chancengleichheit als ein unverrückbares Ziel der Bildungspolitik. Bildung ist ein individuelles Recht, das nicht durch die finanzielle Situation der Betroffenen eingeschränkt werden darf. Wir wollen ein Bildungssystem, in dem niemand durch seine soziale Situation, durch Geschlecht oder regionale Herkunft benachteiligt wird. Sozial Benachteiligte, Lernschwache oder Beeinträchtigte müssen besonders gefördert werden.

Chancengleichheit bedeutet daher, dass Benachteiligungen möglichst abgebaut werden und gezielte Unterstützung erfolgt. Ziel ist es, dass alle Schülerinnen und Schüler eine faire Chance auf eine möglichst gute Ausbildung erhalten. Deshalb wurde die Schulsozialarbeit erheblich ausgeweitet und ein differenziertes Förderangebot für ausländische Schülerinnen und Schüler aufgebaut. Die Sonderschulen wurden gezielt unterstützt und Wege der schulischen Integration für Beeinträchtigte in den Regelschulen eröffnet.

Besonders leistungsfähige Schülerinnen und Schüler haben ebenso einen Anspruch auf gezielte Unterstützung. Durch den Modellversuch Begabtenförderung am Gymnasium (BEGYS) konnte ermöglicht werden, dass Schülerinnen und Schüler ihr Abitur bereits in zwölf Jahren erreichen können. Jede Schule kann heute eine solche Projektklasse einrichten. Wettbewerbe, Arbeitsgemeinschaften und zusätzliche Angebote in Zusammenarbeit mit Hochschulen bieten vielfältige Leistungsanreize.

Wir werden nach wie vor darauf achten, dass Bildungspolitik auch einen entscheidenden Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern leisten kann.

Weil wir um die zentrale Bedeutung der Bildungspolitik für eine gerechte und solidarische Gesellschaft wissen, wollen wir:

- allen Schülerinnen und Schülern einen Schulabschluss ermöglichen. Insbesondere im Hinblick auf die Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich.
- die Schulsozialarbeit in Zusammenarbeit mit den Schulträgern ausweiten und Programme zur Gewalt- und Suchtprävention, zur Vermeidung von Fremdenfeindlichkeit und gegen Rechtsextremismus fördern.
- ein bedarfsgerechtes und regional ausgewogenes vorschulisches und schulisches Ganztagsangebot für alle Schularten realisieren. Hierfür sollen beginnend mit der nächsten Legislaturperiode jährlich 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, um insbesondere zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogische Fachkräfte einzustellen. Damit wird gleichzeitig ein bildungs- und familienpolitischer wie auch arbeitsmarkt- und strukturpolitischer Schwerpunkt gesetzt.
- durch Praktika in allen Schularten eine zusätzliche Berufsorientierung erreichen.
- für möglichst alle beeinträchtigten Schülerinnen und Schüler, deren Eltern es wünschen, eine Integration in die Regelschule ermöglichen. Der Schwerpunkt liegt hierbei in der Grundschule. Die bisherigen Maßnahmen der integrativen Förderung sollen zu einem flächendeckenden Gesamtkonzept ausgebaut werden.
- die besondere Förderung von besonders leistungsfähigen Schülerinnen und Schülern ausbauen. Hier ist schon die Grundschule durch eine möglichst individuelle Förderung

gefordert. BEGYS soll an möglichst vielen Schulen angeboten werden. Bestehende Angebote der Begabtenförderung sollen besser als bisher vernetzt und um neue Angebote, insbesondere in Zusammenarbeit mit den Hochschulen erweitert werden. In der Lehrerausbildung sollen gezielte Informationen zum Thema Hochbegabung vermittelt werden. Das Beratungsangebot für Eltern hochbegabter Schülerinnen und Schüler muss verbessert werden.

- die gleichberechtigte Teilhabe von Mädchen und Jungen an allen Bildungsangeboten sichern.

5. Für das Kommunikationszeitalter fit machen

Die Errungenschaften der Informations- und Kommunikationstechnologien machen die Kommunikation immer wichtiger und immer schneller. Durch die zunehmende Globalisierung und das Zusammenwachsen Europas wird die Kommunikation internationaler. Wir wollen unsere Schülerinnen und Schüler auf diese Entwicklung gut vorbereiten. Dazu gehören eine solide Allgemeinbildung ebenso wie die immer wichtiger werdenden Schlüsselqualifikationen, die eine Orientierung und aktive Mitgestaltung der Gesellschaft erst ermöglichen.

Neue Anforderungen müssen in neuen schulischen Inhalten münden. Deshalb wurde das Fremdsprachenangebot in den letzten Jahren erheblich ausgebaut. In Rheinland-Pfalz beginnt die Fremdsprachenarbeit jetzt schon in der Grundschule. Weiterführende Schulen ermöglichen schon heute zweisprachigen Unterricht. An drei Gymnasien kann sogar gleichzeitig das deutsche Abitur und das französische Baccalauréat erworben werden.

Die aktive Beherrschung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ist zur Schlüsselqualifikation schlechthin geworden. Schülerinnen und Schüler wollen die technischen Möglichkeiten nutzen. Wir müssen sie dazu befähigen und gleichzeitig ihre Medienkompetenz stärken. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass alle Jugendlichen diese Chance - unabhängig von ihren finanziellen Voraussetzungen - erhalten. Mit der Aktion Klassen im Internet wird jede Schule mit einer entsprechenden Ausstattung ans Netz angeschlossen.

Die Informations- und Kommunikationstechnologien und Fremdsprachen sind zentrale Schwerpunkte unserer Bildungspolitik. Rheinland-Pfalz will hier einen Spitzenplatz einnehmen. Deshalb werden wir:

- die Aktion Klassen im Internet fortsetzen. Ziel ist es, dass nicht nur jede Schule sondern jedes Klassenzimmer ans Netz angeschlossen ist.
- den Einsatz von Laptops in der Schule fördern. Insbesondere im Hinblick auf die Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwächeren Familien wollen wir eine Lernmittelfreiheit für Laptops einführen.
- die Aus- und Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer in den Informations- und Kommunikationstechnologien drastisch ausbauen und weitere Möglichkeiten der Systembetreuung in Zusammenarbeit mit den Schulträgern in den Schulen schaffen.
- die weitere Vernetzung aller am Bildungsgeschehen Beteiligten über die Angebote im Rheinland-Pfalz-Netz und dem Bildungsserver fördern und durch Informationsbörsen neue pädagogische Wege ermöglichen.
- die Medienkompetenz in allen Bildungsbereichen stärken und die dazu notwendige Unterstützung wie Software und Handreichungen zur Mediendidaktik bieten.
- die frühe Fremdsprachenarbeit in der Grundschule weiter ausbauen. Zukünftig sollen schon die Erstklässler eine Fremdsprache lernen können.
- Ausbau des Fremdsprachenangebotes und mehr bilinguale Angebote an allen Schularten ermöglichen und internationale Projekte der Schulen fördern.
- den Jugendmedienschutz ausbauen und die länderübergreifende Stelle *jugendschutz.net* stärken.

6. Die berufliche Bildung stärken

Allen Jugendlichen soll die Chance für eine aktive und attraktive Teilnahme am Arbeits- und Berufsleben eröffnet werden. Schulische Bildung darf sich nicht alleine an der späteren Verwertbarkeit orientieren, aber sie muss solide Grundlagen für ein erfolgreiches Arbeits- und Berufsleben schaffen. Es ist deshalb auch Aufgabe der Schule, sich um einen optimalen Übergang in das Arbeitsleben zu bemühen.

Die berufliche Bildung ist ein zunehmend wichtiger Teil des Bildungssystems. Die Berufsbildenden Schulen bieten ein attraktives Angebot an Bildungsgängen. Sie leisten ihren Beitrag zur dualen Ausbildung, fördern gezielt benachteiligte Schülerinnen und Schüler und eröffnen durch ihre vollzeitschulischen Angebote attraktive Aufstiegsmöglichkeiten. Sie vermitteln ebenso wie die allgemeinbildenden Schulen gesellschaftlich wichtige Werte und Zielsetzungen. Trotzdem hat sich die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung gesellschaftlich noch nicht in dem Maße durchgesetzt, wie dies wünschenswert ist.

Deshalb wollen wir eine Offensive zur Stärkung der beruflichen Bildung ergreifen und insbesondere:

- die schulische Berufsvorbereitung stärken.
- den Übergang von der Schule ins Arbeitsleben verbessern.
- die Durchlässigkeit im beruflichen Bildungssystem durch das Angebot von Bildungseinheiten, die sich modular ergänzen, erhöhen.
- die Entwicklung neuer Berufsbilder aktiv unterstützen.
- uns für eine raschere Aktualisierung von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen einsetzen.
- eine stärkere Modularisierung der Ausbildung entsprechend den Fähigkeiten und Fertigkeiten der Auszubildenden ermöglichen.
- die internationale Ausrichtung und Zusammenarbeit in der Berufsausbildung fördern.
- zusätzliche Qualifikationsmöglichkeiten für Benachteiligte in der Berufsausbildung eröffnen und die Möglichkeiten für benachteiligte, beeinträchtigte oder gering qualifizierte Jugendliche steigern, zu qualifizierenden oder teilqualifizierenden Abschlüssen oder Zertifizierungen zu gelangen.

7. Durch Ausbildung aller Jugendlichen die Zukunft unseres Landes sichern

Die Ausbildung junger Menschen ist die wichtigste Investition in die Zukunft unseres Landes. Das duale System der beruflichen Bildung ist leistungsfähig. Wir wollen es weiter stärken und für neue Berufe erschließen. Durch die gemeinsamen Anstrengungen von Politik, Kammern, Arbeitsverwaltung und Tarifpartnern konnte die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit 1996 um über 13 Prozent gesteigert werden. Damit liegt Rheinland-Pfalz weit über dem Bundesdurchschnitt. Einen wesentlichen Anteil an diesem Zuwachs hatte das Jugendsofortprogramm der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, das die zuletzt rückläufigen Ausbildungszahlen der Wirtschaft ausgleichen konnte. Die Verantwortung für die Bereitstellung ausreichender Ausbildungsplätze bleibt jedoch bei der Wirtschaft.

Durch die seit 1998 in Rheinland-Pfalz laufende Kampagne "Jugend in Arbeit" konnte die Jugendarbeitslosigkeit deutlich gesenkt werden. Gerade für Problemgruppen, wie Schulabbrecher und Jugendliche aus sozialen Brennpunkten, wurden wirksame Projekte auf den Weg gebracht, die diese jungen Menschen wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt haben.

Um den strukturellen Wandel am Arbeitsmarkt zu neuen Tätigkeitsfeldern zu unterstützen und der bis zum Jahr 2007 steigenden Zahl an Schulabgängern gerecht zu werden, müssen wir den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen. Jeder Jugendliche in Rheinland-Pfalz soll die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten. Deshalb werden wir:

- gezielt mit Beratung und Hilfestellung auf die Betriebe zugehen, die bisher keine Ausbildungsplätze anbieten. Dieses Potential darf nicht länger brachliegen. Dies gilt auch für die wachsende Zahl ausländischer Arbeitgeber.
- die Einführung neuer Berufe, vor allem in der Informations- und Kommunikationstechnologie, vorantreiben.
- für leistungsschwächere Jugendliche die Vermittlung von Teilqualifikationen auf dem Weg zu einer anerkannten Berufsausbildung fördern.
- die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen durch die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, wie zum Beispiel Teamfähigkeit, weiter verbessern.
- Anreize für die Ausbildung im Verbund mehrerer Betriebe verstärken.
- besondere Beratungsangebote für Mädchen und junge Frauen anbieten, um ihnen Ausbildungschancen auch in Berufsfeldern zu eröffnen, die bisher zu den traditionellen Männerberufen zählen.

8. Leistungsfähigkeit der Hochschulen weiter stärken

Die rheinland-pfälzischen Hochschulen haben unter der sozialdemokratisch geführten Landesregierung einen enormen Aufschwung genommen. Die Universitäten Kaiserslautern, Koblenz-Landau, Mainz und Trier haben ein unverwechselbares Profil entwickelt, das weit über die Landesgrenzen hinaus Anerkennung erfährt. Die Abteilungen der ehemaligen Fachhochschule Rheinland-Pfalz wurden zu leistungsfähigen eigenständigen Fachhochschulen entwickelt. In Zweibrücken und Birkenfeld sind völlig neue Standorte in ehemaligen Kasernen entstanden. Im Rahmen des Bonn-Berlin-Ausgleichs wird in Remagen ein attraktives Studienangebot aufgebaut.

Neue Studiengänge an Fachhochschulen und Universitäten machen die Hochschulen zu Anziehungspunkten für junge Studierende. Das Fernstudienangebot wurde in Rheinland-Pfalz wie in keinem anderen Bundesland vorangetrieben. Durch erhebliche Baumaßnahmen, durch eine weitgehend eigenständige Aufgabenwahrnehmung seitens der Hochschulen und eine verlässliche und transparente Mittelzuweisung durch das Land konnten sich die Hochschulen erfolgreich den Herausforderungen stellen.

Der Zugang zu den Hochschulen muss auch in Zukunft für möglichst viele Studierende offen bleiben. Die Gesellschaft braucht gut qualifizierte und motivierte Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Deshalb werden wir auch auf Bundesebene darauf drängen, dass die soziale Situation der Studierenden verbessert wird. Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen.

Die Zahl der weiblichen Studierenden hat erfreulich zugenommen. Es bedarf aber noch erheblicher Anstrengungen, um die tatsächliche gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Wissenschaft durchzusetzen, z.B. durch Mentorinnenprojekte an allen rheinland-pfälzischen Hochschulen.

Damit die Hochschulen auch in Zukunft ihre zentrale Aufgabe für die gesellschaftliche Entwicklung erfolgreich wahrnehmen können, werden wir:

- neue Formen der Qualitätssicherung im nationalen und im internationalen Wettbewerb einführen (Akkreditierung).
- die internationale Attraktivität auch durch neue Studienangebote (Bachelor/Master) stärken, Auslandsstudienaufenthalte vermehrt ermöglichen und durch wissenschaftliche Kooperationen mit ausländischen Hochschulen fördern.
- durch ein Förderprogramm für ausländische Studierende in Master- oder Promotionsstudien die internationale Mobilität und unsere Stellung im internationalen Wettbewerb stärken.
- die Studienreform durch Modularisierung und Credit Points vorantreiben und die Praxis- und Berufsorientierung stärker verankern.
- Fernstudienangebote und multimediale Studienangebote ausweiten und zu einem virtuellen Campus vernetzen.
- besondere Anstrengungen zur Stärkung und Weiterentwicklung von Lehre, Forschung und Entwicklung in den Informations- und Kommunikations-technologien unternehmen.
- die Gebührenfreiheit für das grundständige Studium sichern. Das Modell der Studienkonten soll dies bundesweit gewährleisten.
- aktiv an einer verbesserten Ausbildungsförderung mitwirken.

- einen Schwerpunkt zur Erhöhung des Frauenanteils in allen Wissenschaftsdisziplinen setzen und den Anteil von Frauen am Hochschulpersonal deutlich erhöhen.
- die Autonomie der Hochschulen durch eine weitgehend globale Haushaltssteuerung und das eigenverantwortliche Management aller Ressourcen stärken.
- die gemeinsame Infrastruktur für Wissenschaft und Wissenschaftseinrichtungen zum Beispiel bei Informations- und Kommunikationstechnologien fördern.
- die Bedeutung der Universitäten und Fachhochschulen als Standortfaktor ausweiten und zu Kompetenzzentren in Forschung, Lehre, Weiterbildung und Wissenstransfer weiterentwickeln.
- die Stellung des Universitätsklinikums Mainz als eine zentrale Einrichtung medizinischer Innovation weiter ausbauen.

9. Lebenslanges Lernen auf allen Ebenen verankern

Eine moderne Gesellschaft ist eine lernende Gesellschaft. Einmal erworbenes Wissen reicht längst nicht mehr für ein ganzes Arbeits- und Berufsleben. Deshalb wurde in Rheinland-Pfalz schon 1991 von der SPD-geführten Landesregierung das erste Weiterbildungsministerium der Bundesrepublik eingerichtet. Seither konnte eine Vielzahl von Initiativen ergriffen werden. Die Verabschiedung des Bildungsfreistellungsgesetzes und die Novellierung des Weiterbildungsgesetzes haben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit eröffnet, verstärkt Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen, und den Trägern der Weiterbildung eine gesicherte Finanzierungsbasis geschaffen. Durch eine Vielzahl von Modellprojekten im Bereich der Weiterbildung konnten neue Themen und neue Zielgruppen angesprochen werden. Die Gründung der "Arbeitsstelle für Weiterbildung der Weiterbildenden an der Universität Koblenz-Landau" bietet den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Weiterbildung die Möglichkeit, sich fortzubilden und steigert damit die Qualität des Weiterbildungsangebots.

Die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens muss schon in den Schulen verankert sein. Darüber hinaus erfordert sie für die Zukunft eine noch bessere Abstimmung von Erstausbildung und Weiterbildung sowie ein ausgebautes Angebot, das den unterschiedlichen Bedürfnissen der Weiterbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer gerecht wird.

Wirtschaft und Verwaltung als Arbeitgeber sind aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten, damit Weiterbildung tatsächlich zum festen und unverzichtbaren Bestandteil des Arbeitslebens wird. Deshalb wollen wir:

- die Kooperation der unterschiedlichen Bildungsträger verbessern.
- ein transparentes Zertifizierungssystem in der Weiterbildung einführen.
- den Ausbau des Weiterbildungsangebotes an Berufsbildenden Schulen und Hochschulen fördern.
- einen besonderen Schwerpunkt in der Multimedia-Weiterbildung setzen.
- einen Sachverständigenrat Weiterbildung Rheinland-Pfalz einrichten, der die unterschiedlichen Kompetenzen aus Bildung, Berufsbildung und Weiterbildung zusammenführt und Initiativen zur zukünftigen Ausgestaltung des Weiterbildungsangebotes ergreift.

10. Zukunft durch Forschung und Technologie gestalten

Wissenschaft und Forschung sind Motoren der Innovation. Wir wollen neue wissenschaftliche und technologische Entwicklungen nutzen, um unsere Gesellschaft wirtschaftlich erfolgreich, sozial und demokratisch zu gestalten.

Die Gründung des ersten Fraunhofer-Institutes in Rheinland-Pfalz für experimentelles Softwareengineering sowie des Fraunhofer-betreuten Institutes für Techno- und Wirtschaftsmathematik in Kaiserslautern sind sichtbare Zeichen, dass hier in Rheinland-Pfalz die Weichen richtig gestellt wurden. Auch die Gründung der Institute für Biotechnologie und Wirkstoffforschung an der Universität Kaiserslautern und des Institutes für Telematik in Trier sowie die Stärkung bestehender Einrichtungen, zum Beispiel des Institutes für Mikrotechnik in Mainz, machen deutlich: Rheinland-Pfalz fördert gezielt neue Schlüsseltechnologien und ist damit auf dem Weg zum Hochtechnologiestandort.

Eine offensive Technologiepolitik, die Schaffung neuer Förderinstrumentarien wie etwa der Innovationsstiftung, der bessere Transfer von Wissen in die Praxis und die intensive Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, aber auch die Gründung der Europäischen Akademie für Technikfolgenabschätzung sind Markenzeichen der rheinland-pfälzischen Zukunftsgestaltung.

Neben der Stärkung naturwissenschaftlicher und technischer Forschung und Entwicklung bleibt es unverzichtbar, Bereiche, die sich geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlicher Fragestellungen annehmen, gezielt zu fördern und den Transfer in die Praxis auszuweiten.

Wir wollen diesen Weg konsequent weiter beschreiten durch:

- gezielte Förderung der Naturwissenschaften in den Schulen.
- bedarfsgerechte Technologieprogramme.
- den Aufbau von Kompetenzzentren in Schlüsseltechnologien. Hier sind von besonderer Bedeutung: die Materialwissenschaften, die Biotechnologie, die Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die Mikro- und Nanotechnologien.
- die nachhaltige Unterstützung der exzellenten Stellung rheinland-pfälzischer Hochschulen in den Umweltwissenschaften.
- die interdisziplinäre Zusammenarbeit aller Wissenschaftsbereiche.
- die weitere Ansiedlung überregional bedeutender Forschungsinstitute.
- die Förderung von Ausgründungen aus den Hochschulen.

arbeiten

Für innovative Arbeitsplätze

Sichere Arbeitsplätze und zukunftsfähige Ausbildungsstellen standen in den letzten zehn Jahren im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik in Rheinland-Pfalz. Wir haben viel erreicht. Trotz der außergewöhnlichen Belastung durch den Abzug von zehntausenden Soldaten und Zivilbeschäftigten nach der deutschen Wiedervereinigung. Rheinland-Pfalz hat eine vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit und einen Zuwachs an Arbeitsplätzen wie kaum ein anderes Bundesland. Der Strukturwandel in der Wirtschaft ist geschafft. Der Wegfall von alten Industrien konnte durch moderne Hochtechnologiezentren ausgeglichen werden, die als Keimzelle für neue innovative Arbeitsplätze dienen. Die Verbindung von industrieller Hochtechnologie und modernen Dienstleistungen ist geglückt. Problematische Standorte wie zum Beispiel der Militärflughafen Hahn oder die Stadt Kaiserslautern sind zu neuen Wachstumsmotoren aufgestiegen. Im Rahmen unserer Arbeitsmarktpolitik haben wir die Menschen fit gemacht für diese neuen Anforderungen.

Diese Erfolge dürfen nicht Anlass sein, sich zurückzulehnen. Noch für mehrere Jahre wird die Situation am Ausbildungsmarkt angespannt bleiben. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist die zentrale Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik in der Zukunft. Der Wettbewerbsdruck für die Unternehmen wird auch in Folge der EU-Erweiterung zunehmen. Die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss immer wieder aufs Neue an die sich verändernden Anforderungen angepasst werden. Die öffentlichen Haushalte müssen weiter in Richtung Investitionstätigkeit umstrukturiert werden. Das Land muss die für eine erfolgreiche Wirtschaft erforderliche Infrastruktur erhalten und weiterentwickeln.

Wir wollen auf den Erfolgen aufbauen und uns den neuen Herausforderungen stellen, damit Rheinland-Pfalz auch in Zukunft an der Spitze bleibt.

1. Den Wirtschaftsstandort gezielt weiterentwickeln

Im Zentrum des europäischen Binnenmarktes erhalten und schaffen wettbewerbsfähige Unternehmen der Industrie und des gewerblichen Mittelstandes und ihre Beschäftigten, Dienstleister, Handwerker, Winzer und Landwirte zukunftsträchtige Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz. Die Mischung der Branchen und Betriebsgrößen in Ballungsräumen und in ländlichen Regionen gibt unserer Wirtschaft Stabilität und Dynamik. Die von der Landesregierung gegründete Investitions- und Strukturbank sorgt für die Bereitstellung von Risikokapital und hilft Existenzgründern durch eine optimale Beratung. Die Zahl der Unternehmensgründungen im Land liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit, Beschäftigungswachstum, Exportorientierung, ein hoher Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen sowie die Erfolge in der Spitzentechnologie beschreiben die gute Ausgangslage zu Beginn des 3. Jahrtausends.

Unsere industriellen Kerne wollen wir erhalten. Sie ist die Basis für neue Arbeitsplätze auch im Dienstleistungssektor. Unter der SPD-geführten Landesregierung hat es Rheinland-Pfalz auf den dritten Platz der Bundesländer mit der niedrigsten Arbeitslosenquote geschafft. Dennoch steht auch unsere Wirtschaft vor den Herausforderungen der Globalisierung. Die zum Teil kurzfristige Gewinnerorientierung großer Konzerne drückt vor allem in Richtung Personalabbau. Sie vernachlässigt Investitionen in neue Produkte und Arbeitsplätze. Gleichzeitig eröffnen sich vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, die mit innovativen Produkten weltweite Marktnischen besetzen, große Chancen. Es gilt, den nächsten durch die Informations- und Kommunikationstechnologien ausgelösten Strukturwandel mit Hilfe einer modernen arbeitsfördernden Wirtschaftspolitik zu meistern. Zu dieser modernen Wirtschaftspolitik zählt für uns vor allem die Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie hat Vorrang vor allgemeinen Subventionen.

Die positiven Ansätze unserer Wirtschaft gilt es auch für die Zukunft zu sichern und auszubauen. Deshalb werden wir:

- durch einfachere Verwaltungsverfahren die Genehmigungszeiten für Hochtechnologieinvestitionen wie zum Beispiel der Biotechnologie deutlich verkürzen, ohne die Sicherheitsstandards zu vernachlässigen.
- die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Landes weiter voranbringen. Das Modell der Universität Kaiserslautern mit den im Umfeld entstandenen Existenzgründungen in der Informationstechnologie zeigt, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind.
- die Ansiedlung und das Wachstum von Unternehmen, die sich in neuen Feldern wie zum Beispiel der Bio- und Gentechnologie, der Mikro- und Nanotechnik, der Antriebs-, Energie- und Verkehrstechniken engagieren in besonderer Weise unterstützen. Wir wollen Rheinland-Pfalz zu einem Hochleistungstechnologiestandort gerade auf diesen Feldern weiterentwickeln.
- vorübergehend arbeitslose Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik des Landes weiterqualifizieren, um sie auf die Herausforderungen der Informationsgesellschaft vorzubereiten.
- die kleinen und mittleren Unternehmen des Landes und ihre Beschäftigten gezielt darin unterstützen, ihre betriebliche Organisation auf neue Wettbewerbsbedingungen einzustellen.

2. Im Bündnis für Arbeit und Ausbildung die Kräfte bündeln

Am "Ovalen Tisch" in der Mainzer Staatskanzlei verständigen sich unter der Leitung von Ministerpräsident Kurt Beck Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik und Arbeitsverwaltung seit Jahren auf gemeinsame Maßnahmen. Das gute Klima im Land überträgt sich auf viele regionale Bündnisse in den Betrieben und Kommunen. Sie helfen uns, Unternehmenskrisen zu meistern und Strukturbrüche abzufedern. In der Zeit zwischen 1990 und 1999 ist in Rheinland-Pfalz gegen den Bundestrend die Zahl der Erwerbstätigen gestiegen, und dies trotz der besonderen Belastungen durch die Konversion.

Durch erhebliche Anstrengungen des Staates, der Arbeitsverwaltung und der Kammern ist es gelungen, eine nahezu ausgeglichene Ausbildungsbilanz zu erzielen. Das Sonderprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit wurde in Rheinland-Pfalz erfolgreich umgesetzt. Fast 6.000 Jugendlichen konnte ein Angebot vermittelt werden.

Wegen der weiterhin hohen Schulabgängerzahlen müssen diese Anstrengungen zukünftig noch verstärkt werden. Gerade in den modernen Berufen der Informations- und Kommunikationstechnologie brauchen wir mehr Ausbildungsplätze. Deshalb halten wir an dieser konsensorientierten Politik fest. Leitbild unseres Handelns wird auch in Zukunft eine solide Bildung und Ausbildung für die jungen Menschen in Rheinland-Pfalz sein, ausgerichtet an den dynamischen Zukunftsbranchen und unserem heimischen Handwerk.

Wir werden:

- uns dafür einsetzen, dass auch zukünftig die Partner in die Entscheidungen der Landesregierung eingebunden werden. Denn wer beteiligt ist, der trägt auch Verantwortung für die Entwicklung unseres Landes. Wir setzen deshalb auf Dialog, Konsens und Kooperation der am Wirtschaftsleben Beteiligten.
- jedem Jugendlichen die Chance auf einen Ausbildungsplatz eröffnen. Gemeinsam mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften werden wir in den regionalen Bündnissen dieses Ziel erreichen.
- uns dafür einsetzen, dass die Berufsbilder im Dualen Ausbildungssystem in kürzeren Abständen überarbeitet und an die sich wandelnden Anforderungen angepasst werden.
- neben Ausbildungsfragen zukünftig auch den Abbau von Überstunden, die Verabredung von innovativen Formen von Teilzeitarbeit und die Erschließung zusätzlicher Beschäftigungsfelder für Personen, die nicht ausreichend qualifiziert sind, zu Schwerpunkten der Gespräche machen.

3. Unternehmen fördern, die etwas unternehmen

Dynamische Anpassung an veränderte Marktbedingungen ist eine ständige Herausforderung für mutige und weitsichtige Unternehmerinnen und Unternehmer. Die Schaffung von Rahmenbedingungen ist Aufgabe des Landes: Qualifizierung in Bildung und Ausbildung, beschleunigte Genehmigungsverfahren, Erleichterung von Existenzgründungen. Mittlerweile gehört Rheinland-Pfalz zu den zehn führenden Technologieregionen in der Europäischen Union und nimmt in der Hochtechnologie sogar den Spitzenplatz ein. Dies ist ein Beleg für das Investitions- und Innovationsfreundliche Klima, das wir in unserem Land geschaffen haben.

Durch die Gründung zielgerichteter Förderinstitutionen wie der Investitions- und Strukturbank, der Wagnisfinanzierungsgesellschaft, der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP), dem Gründungswettbewerb und der Multimediainitiative werden mutige und innovative Existenzgründer finanziell unterstützt, kompetent beraten und in der Gründungsphase begleitet. Diese Initiativen der sozialdemokratisch geführten Landesregierung haben zu einem deutlichen Anstieg bei den Firmengründungen geführt. Lag die Zahl der neuen Unternehmen im Jahr 1989 noch bei 18.350, konnte im Jahr 1999 der Spitzenwert von über 33.300 Existenzgründungen verzeichnet werden.

Tatkräftige Unternehmen müssen in ihrem Engagement auch zukünftig unterstützt werden. Deshalb werden wir:

- Betrieben bei einer einzigen Anlaufstelle gebündelt alle notwendigen Informationen zur Verfügung stellen.
- in den Regionen des Landes öffentliche und private Investitionen auf Entwicklungsziele abstimmen und vernetzen.
- illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit noch intensiver bekämpfen, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Erträge der legalen Wirtschaftstätigkeit nicht zu gefährden.
- die Kooperation von Handwerksunternehmen fördern, um neue Marktsegmente zu erschließen und sie gegenüber der überregionalen und internationalen Konkurrenz wettbewerbsfähig zu halten.
- vom Land geförderte Technologie-Beratungsstellen insbesondere denjenigen Unternehmen zu arbeitsorganisatorischen Themen zur Seite stellen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind.

4. Arbeit muss sich lohnen

Der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit bleibt die Qualifizierung. Für die Arbeitsmarktpolitik wendet die SPD-geführte Landesregierung mit europäischer Unterstützung 100 Millionen Mark jährlich auf. Damit verstärken wir die Aktivitäten von Arbeitsämtern und Kommunen. Pro Jahr werden so über 20.000 Personen durch Qualifizierung und Beschäftigung gefördert. Die Betriebe werden darin unterstützt, den strukturellen Wandel mit qualifizierten Arbeitskräften zu meistern. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einfachen Qualifikationen hat die Landesregierung das Programm "Arbeit muss sich lohnen" entwickelt: Wer arbeitet, soll auch von einfachen Tätigkeiten oder Teilzeitbeschäftigung deutlich mehr haben als von der Sozialhilfe. Familien und Alleinerziehende mit Kindern werden im Rahmen dieses Programms besonders gefördert.

Aber auch für den "Normalverdiener" muss ein höheres Nettoeinkommen angestrebt werden. Wenn wir auf mehr Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger setzen, müssen wir auch den finanziellen Handlungsspielraum für den privaten Haushalt erweitern.

Auf die gute konjunkturelle Entwicklung wollen wir mit unserer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik reagieren. Wir werden:

- uns weiterhin aktiv dafür einsetzen, dass durch verantwortliche Reformen im Steuersystem und bei den Sozialversicherungen die Abgabenlast für Bürgerinnen und Bürger sinkt und die Leistungskraft des Gemeinwesens erhalten bleibt. Ziel ist es, die gesetzlichen Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent zu senken!
- in Zukunft die Qualifizierung der Arbeitslosen noch enger an die betrieblichen Erfordernisse koppeln. Der betriebsnahen Arbeitsmarktpolitik wird Vorrang eingeräumt. Dazu werden regionale Bedarfsanalysen erstellt, die wie in der Modellregion Bad Kreuznach den zukünftigen Bedarf der Unternehmen frühzeitig erfassen.
- die Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern insbesondere bei der Vermittlung in Arbeit mit Hilfe des Landes verbessern.
- die Erwerbstätigkeit von Frauen durch familienfreundliche Arbeitszeiten und Arbeitsorganisation sowie durch zusätzliche Kinderbetreuungsangebote fördern.
- Langzeitarbeitslosigkeit durch frühzeitige Angebote soweit wie möglich vermeiden, um den Bezug zur Arbeitswelt nicht abreißen zu lassen.
- uns dafür einsetzen, dass die Zeitarbeit tarifvertraglich abgesichert wird. Neue Arbeitsformen bieten sozialverträgliche Alternativen.
- Frauen nach der Familienphase durch Rückkehrerinnenprogramme neue berufliche Perspektiven eröffnen und dadurch gleichzeitig den teilweise vorhandenen Mangel an qualifizierten Fachkräften beseitigen.
- Beschäftigungsprojekte für Frauen auch weiterhin unterstützen und fördern.

5. Mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur die zentrale Lage nutzen

Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor und zugleich von zentraler Bedeutung für die Lebensqualität einer Region. Sie ist wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes auf den nationalen und internationalen Märkten. Um die Infrastruktur des Landes weiter zu verbessern, wird der Bau von Bundesfernstraßen von Rheinland-Pfalz mitfinanziert. Wir sind das einzige Bundesland, das so offensiv in Kooperation mit dem Bund seine Verkehrsinfrastruktur ausbaut. Der kurz vor der Realisierung stehende Hochmoselübergang der B 50 ist ein Beweis dafür, wie durch neue Finanzierungsmodelle dringend notwendige Großprojekte mit vertretbarem Aufwand verwirklicht werden können.

Mit der Einführung des Rheinland-Pfalz-Taktes hat sich das Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs deutlich verbessert. Seit 1993 sind die Fahrgastzahlen um rund 90 Prozent gestiegen. Die Verbindung von Umweltschutz und steigenden Mobilitätsanforderungen konnte auch beim Eisenbahngüterverkehr verwirklicht werden. Hier legte das Land entgegen dem Bundestrend deutlich zu. Der Ausbau des CARGO-Hafens der Stadt Mainz ist ein Beispiel für die gelungene Verbindung von Straße, Schiene und Wasserwegen.

Diese gute Infrastruktur wollen wir erhalten und weiterentwickeln. Wir werden:

- bei der Verwirklichung von Verkehrsprojekten den Grundsatz "Ausbau vor Neubau" konsequent umsetzen.
- dem Neubau von Ortsumgehungen Priorität geben, um Städte und Gemeinden von Durchgangsverkehr, Lärm und Abgasen zu entlasten.
- uns für den Ausbau der Bundesfernstraßen auch durch zusätzliche Bundesmittel für Projekte im vordringlichen Bedarf einsetzen.
- den Ausbau von Landes- und Kreisstraßen zu omnibustauglichen Routen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs vorantreiben.
- uns für eine deutliche Beschleunigung des öffentlichen Personenfernverkehrs (ICE) zwischen der Rhein-Main Region und dem europäischen Zentrum Brüssel einsetzen.
- mit allem Nachdruck die berechtigten Interessen der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich eines Ausbaus des Rhein-Main-Flughafens geltend machen und dabei alle politischen und rechtlichen Argumente und Möglichkeiten einbeziehen. Die Interessen aller Anwohner, nicht nur der hessischen, müssen angemessen berücksichtigt werden.
- den Flughafen Hahn ausbauen und den Flugplatz Zweibrücken sichern.
- den Ausbau des schienengebundenen Regional- und Nahverkehrs weiter vorantreiben.
- uns für den Erhalt der linksrheinischen ICE-Anbindung nach Mannheim einsetzen.
- die Erneuerung der grenzüberschreitenden Bahnverbindung zwischen Trier und Luxemburg beschleunigen.
- den Lärmschutz bei den Schienenwegen energisch vorantreiben.
- zur Reduktion von Lärm- und Luftbelastung die Verlagerung des Güterfernverkehrs auf Schiene und Wasserwege unterstützen.
- den Ausbau der Fahrradwege als Beitrag zu einer ökologischen Verkehrslenkung und als touristischen Schwerpunkt voranbringen.

- die spezifischen Mobilitäts- und Sicherheitsbedürfnisse von Frauen, älteren und behinderten Menschen und Kindern in den Verkehrsplanungen berücksichtigen.

6. Die Chancen von Multimedia im Interesse von Innovation und Beschäftigung nutzen

Das Internet und die neuen Medien sind ein boomender Wirtschaftszweig. Eine rasch wachsende Zahl von Menschen nutzt die neuen Möglichkeiten – am Arbeitsplatz und in der Freizeit. In wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Sicht entwickelt sich die Informationstechnologie zum größten und raschesten Wachstumsmarkt in Deutschland. In keinem anderen Bereich entstehen mehr neue Arbeitsplätze. Multimediapolitik ist Zukunftspolitik und liegt deshalb der sozialdemokratisch geführten Landesregierung besonders am Herzen. Die Informations- und Kommunikationstechnik eröffnet ein weites Feld von Chancen, die es zu nutzen gilt – von Unternehmen, von Wissenschaft und Forschung, von Verwaltung sowie den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes.

Rheinland-Pfalz nimmt vollen Anteil an dieser Entwicklung. In der Spitzentechnologie ist Rheinland-Pfalz europaweit führend. Keine Region Europas beschäftigt anteilmäßig mehr Menschen in Sektoren der Hochtechnologie. Für unsere Kinder sorgt die sozialdemokratisch geführte Landesregierung bereits in der Schule dafür, dass sie fit für die Zukunft sind. Mit dem rlp-Netz verfügt Rheinland-Pfalz über eine der modernsten Datenautobahnen in Deutschland. Dieses Netz, das gemeinsam von Verwaltung, Bildung und Wirtschaft genutzt werden kann, bildet die unverzichtbare Infrastruktur-Voraussetzung dafür, dass unser Land in der technischen wie inhaltlichen Medienentwicklung und Mediennutzung ganz vorne mitspielen kann.

Durch die Entwicklung des Internets und den Ausbau des rlp-Netzes besteht für die öffentliche Verwaltung die Chance, einen neuen Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung zu ermöglichen. Diese Chance werden wir in Rheinland-Pfalz nutzen. Der bewährte Service unserer Verwaltung soll erweitert und ergänzt werden durch eine "Verwaltung 24", die rund um die Uhr für alle Bürgerinnen und Bürger da ist. In Zukunft soll es möglich sein, Anträge jederzeit von zu Hause oder von einem allgemein zugänglichen Kiosk an die Verwaltung zu übermitteln und die Genehmigungen schnell über das Internet oder das rlp-Netz zu erhalten. Mit dieser "Verwaltung 24" kann so eine größere Bürgernähe erreicht und ein Standortvorteil für rheinland-pfälzische Unternehmen erreicht werden.

Aktiv zusammenarbeiten, Kommunikation organisieren und Regionen mobilisieren sind wichtige Bestandteile der Zukunftspolitik. Um diese Prozesse anzustoßen, hat die Landesregierung mit ihrer Multimediainitiative "rlp-inform" ein Netzwerk für alle diejenigen geschaffen, die Zukunft gestalten wollen. Mit der Initiative "Internet für alle" strebt die Landesregierung die für die breite wirtschaftliche Anwendung erforderliche gesellschaftliche Akzeptanz von Internet und Onlinediensten an.

Dank dieser zielstrebigen Politik ist Rheinland-Pfalz in den zurückliegenden fünf Jahren zu einem begehrten Standort von Firmen und Hochschuleinrichtungen geworden, die auf dem neuen Markt Multimedia tätig sind. Die Hinwendung zum Multimedia-Bereich erfolgt nicht zu Lasten der traditionellen Medien, vielmehr zielt die Politik darauf ab, Multimedia als notwendige Bereicherung und Ergänzung der traditionellen Medien zu sehen. Folgerichtig sind um die großen Medienhäuser ZDF, SWR und SAT1 neue Firmen gegründet worden, die im Multimediasektor ein hohes Wachstumspotenzial haben. Ausgründungen aus Unternehmen und den Hochschulen, Hochschulangebote zur Förderung von Selbstständigkeit, Unterstützungen durch die Investitions- und

Strukturbank, Beratungen bei Patentanmeldungen und –nutzungen, alle diese Maßnahmen haben zu einer stetig wachsenden Bereitschaft junger Erwachsener und von Hochschulabsolventinnen und -absolventen geführt, sich selbstständig zu machen. Dies bewirkt mittel- und längerfristig, dass sich der Medienstandort Rheinland-Pfalz zum attraktiven Zukunftsstandort Rheinland-Pfalz weiterentwickelt.

Multimediaprodukte und –dienstleistungen sichern und schaffen zukunftsgerichtete Arbeitsplätze, sie verbessern die Wettbewerbsfähigkeit, sie können regionale Struktur Nachteile ausgleichen und so die Standortqualität, insbesondere im ländlichen Raum, erhöhen.

Den eingeschlagenen Weg in der Medien- und Multimedia-Politik gilt es in den nächsten Jahren fortzusetzen und zu intensivieren. Deshalb werden wir:

- als klassischer Medienstandort die Chancen von Multimedia im Interesse von Innovation und Beschäftigung nutzen und die Entwicklung politisch gestalten.
- die Vermittlung von Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation für die Zukunft zu einem zentralen Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung machen.
- einen breiten Zugang aller Bevölkerungskreise zu den neuen Medien anstreben, um so die gesellschaftliche Akzeptanz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu fördern.
- das Internet und die neuen Medien als eine Chance für die Entwicklung des ländlichen Raums in unserem Flächenstaat begreifen.
- die mit der Veränderung von Arbeits- und Organisationsformen einhergehenden Möglichkeiten von flexibleren Arbeitsgestaltungen und verbesserten Beschäftigungssituationen insbesondere für Frauen nutzen.
- die Multimedia-Politik durch strategische Partnerschaften mit Unternehmen und anderen Ländern absichern.
- die Verwaltungsmodernisierung vorantreiben, damit der öffentliche Bereich mit der "Verwaltung 24" zum Motor für den Einsatz von modernen Informations- und Kommunikationstechniken wird und auf diese Weise vor allem mehr Bürgernähe und schnellere, einfachere Verwaltungsabläufe erreicht werden.
- uns für ein Moratorium zur Herausnahme der Internet-PCs aus der Rundfunkgebühr bis Ende 2003 einsetzen; zugleich bedarf es der Neustrukturierung des Gebührenrechts für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen.

7. Die Modernisierung nach dem Abzug der Streitkräfte weiter voranbringen

Mit dem Abzug von fast 70.000 Soldaten aus Rheinland-Pfalz wurden seit 1990 21.000 Stellen von Zivilbeschäftigten, über 6.000 Stellen in der Rüstungsindustrie und etwa 50.000 Arbeitsplätze im Umfeld der Streitkräfte abgebaut. Die Milliarden-Investitionen der sozialdemokratisch geführten Landesregierung und der Kommunen haben aus vielen militärischen Liegenschaften "Wachstumskerne" mit zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen gemacht. So sind auf der ehemaligen NATO-Airbase Hahn, wo zunächst 784 Zivilbeschäftigte ihren Job verloren haben, zwischenzeitlich bereits über 1.000 neue Arbeitsplätze entstanden und die Entwicklung geht steil bergauf. An zahlreichen anderen früheren Militärstandorten haben sich moderne Dienstleistungsunternehmen angesiedelt, die als Keimzelle zukunftsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den ländlichen Regionen dienen.

Ein besonderer Schwerpunkt wurde im Hochschulausbau gesetzt. Die neuen Fachhochschulstandorte in Birkenfeld und Zweibrücken sind Motoren der regionalen Entwicklung. In Koblenz entsteht ein völlig neues Universitätsgelände. Auch anderenorts konnten ehemalige Kasernen zum räumlichen Ausbau der Hochschulen und zur Errichtung von Studentenwohnheimen genutzt werden. Mit dieser beispiellosen Anstrengung beweist die sozialdemokratisch geführte Landesregierung, wie der Strukturwandel aktiv und sozialverträglich gestaltet werden kann. In vielen Städten konnte der private Wohnungsbedarf durch modernisierten Wohnraum auf den Konversionsliegenschaften gedeckt werden. Bei deutlich über 300 Projekten, das sind mehr als zwei Drittel aller Konversionsliegenschaften, ist mittlerweile die Umstellung auf eine zivile Nutzung geschafft.

Jetzt gilt es, diese Entwicklung in Gang zu halten und zusätzliche Ansiedlungen in den Konversionsgebieten zu fördern. Deshalb werden wir:

- die schnell wachsenden Unternehmen bei der Qualifikation ihrer neuen Arbeitskräfte durch eine betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik unterstützen, die sich am Bedarf der Unternehmen orientiert und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern neue zukunftsorientierte Kenntnisse vermittelt.
- die Einrichtung regionaler, netzwerkgestützter Dateninformationssysteme fördern, um ansiedlungswilligen Unternehmen aktuelle und umfassende Informationen zum Standort liefern zu können.
- die regionale Infrastruktur gezielt dort verbessern, wo noch Probleme beim Übergang von der militärischen zur zivilen Nutzung bestehen.

8. Erfolgreich und im Einklang mit der Natur landwirtschaften

Der größte Teil der Fläche unseres Landes wird land- und forstwirtschaftlich genutzt. Die Landwirtschaft gestaltet unsere Kulturlandschaft wesentlich mit und prägt die ländlichen Räume. Eine moderne Landwirtschaft ist auf Betriebe angewiesen, die sich den Herausforderungen durch globalisierte Märkte, der größer werdenden Europäischen Union und der Notwendigkeit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in besonderer Weise stellen.

Die SPD bekennt sich zu leistungsfähigen mittelständischen Betrieben in der rheinland-pfälzischen Land- und Weinwirtschaft. Durch die umfangreichen Fördermaßnahmen der SPD-geführten Landesregierung konnten die landwirtschaftlichen Betriebe rationalisiert und an neue Herausforderungen angepasst werden. Die Einkommen der rheinland-pfälzischen Landwirte sind aufgrund dieser erfolgreichen Anpassungen deutlich stärker gestiegen als im Bundesdurchschnitt.

Die Entwicklungen und Erkenntnisse der letzten Zeit erfordern neue Schwerpunkte.

Die Orientierung an den Wünschen und Anforderungen der Verbraucher und die Ausrichtung auf Qualität ist die wichtigste Voraussetzung für die Akzeptanz der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit. Dies wiederum ist die wichtigste Voraussetzung für den Absatz landwirtschaftlicher Produkte und für den wirtschaftlichen Erfolg der Betriebe.

Die bisherige Landwirtschaftspolitik muss in vielen Bereichen überprüft und angepasst werden. Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz müssen als Einheit betrachtet werden. Die Belange des Verbraucher- und Umweltschutzes müssen daher gleichberechtigte Bestandteile aller Entscheidungen der nationalen und europäischen Agrarpolitik sein.

Wir werden:

- die Einführung eines einheitlichen Qualitätssiegels mit klaren Kennzeichnungsregelungen für eine "gläserne Produktion" unterstützen.
- antibiotische Leistungsförderer in Tierfuttermitteln verbieten, sowie für eine offene Deklaration aller Futtermittelbestandteile eintreten.
- den Begriff der "guten fachlichen Praxis" bundesgesetzlich näher definieren. Im Bereich der Agrarumweltmaßnahmen müssen die ökologischen Anforderungen ein größeres Gewicht haben.
- das Bewusstsein der Verbraucherinnen und Verbraucher für den Wert ökologisch und in der Region erzeugter Produkte fördern. Das Land muss sich weiter für eine umweltschonende Erzeugung und eine art- und tierschutzgerechte Nutztierhaltung einsetzen und dies in seiner Förderpolitik verankern.
- die Eigenverantwortlichkeit der Landwirtinnen und Landwirte stärken und staatliche Eingriffe wo möglich zurückführen.

9. Die hohe Qualität unserer Weine besser vermarkten

Die internationalen Weinabsatzmärkte verschieben sich derzeit zu Lasten der in Deutschland produzierten Weine. Der aktuell bestehende internationale Preisdruck ist dabei eine besondere Herausforderung für den rheinland-pfälzischen Wein und seine Absatzmöglichkeiten. Es gilt jetzt, die Stärken rheinland-pfälzischen Weinbaus zu nutzen: seine tüchtigen Winzerinnen und Winzer und leistungsfähige Betriebe.

Um die Wettbewerbsnachteile des Steillagenweinbaus zu mildern, werden Investitionen gefördert. Die Prämie für Steilstlagen wurden von 1.500 auf 5.000 Mark je Hektar erhöht. Durch Marketingförderung konnte der Absatz gesteigert werden.

Dem deutschen und damit auch dem rheinland-pfälzischen Wein ist es im letzten Jahrzehnt gelungen, sein Image durch erkennbare und nachhaltige Qualitätssteigerungen zu verbessern. Diesen Weg müssen die Betriebe, die auf "Qualitätswein" setzen, konsequent weiter gehen. Jetzt kommt es darauf an, nicht nur Qualität in der Flasche zu haben, sondern diese Qualität auch durch ein verständlicheres und übersichtlicheres Weinbezeichnungsrecht zu unterstützen.

Wir werden:

- abgestimmte Qualitätsstrategien der an der Produktion und Vermarktung von Wein Beteiligten intensiv unterstützen. Hierzu zählen insbesondere Maßnahmen zur überbetrieblichen Qualitätssicherung und zur Kooperation von Winzerinnen und Winzern sowie ihrer Zusammenschlüsse. Es soll eine Qualitätskette entstehen, die bei der Arbeit im Weinberg beginnt und bis zum Verkauf der Flasche reicht.
- uns nachdrücklich für ein verständlicheres, übersichtlicheres und damit kundenorientierteres Weinbezeichnungsrecht einsetzen.
- die Weinbauverbände dabei unterstützen, Profilweine auch durch strenge Qualitätsanforderungen und vertragliche Verpflichtungen der Produzenten zu etablieren.
- die bewährten Instrumente wie Investitionsförderungen, Zuschüsse für den Steil- und Steilstlagenweinbau, Förderung von umweltschonenden Verfahren im Weinbau und die ländlichen Bodenordnungen weiterhin gezielt einsetzen.
- alle Möglichkeiten anwendungsbezogener Forschungen konsequent ausschöpfen.

10. Energie nachhaltig gewinnen und nutzen

Eine zukunftsgerichtete Energiepolitik muss sich sowohl an der ökologischen Vernunft wie auch der ökonomischen Effizienz ausrichten. Unser Ziel ist es, die energiepolitischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt, die Verbraucherinnen und Verbraucher vom deregulierten Strommarkt profitieren und die heutige Energieproduktion nicht auf Kosten zukünftiger Generationen geht. Deshalb wollen wir effiziente Formen der Energiegewinnung fördern und Energie-Einsparpotentiale konsequent nutzen. So können die Umweltbelastung durch die Energieproduktion verringert, der Klimaschutz vorangetrieben und durch moderne Technologien neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Bis zu 40 Prozent der Energie lassen sich bei Ausnutzung des derzeitigen Technologiestands schon heute einsparen.

Hierfür haben wir Lösungen erarbeitet, die auf die Bedürfnisse unseres Landes zugeschnitten sind. Wir haben die Energieagentur "Effizienzoffensive Rheinland-Pfalz" (EOR) gegründet, die Bürgerinnen und Bürger über Möglichkeiten des Energiesparens und finanzielle Förderung berät. Mit der Förderung der Holz-Gas-Technik und dem Aktionsplan zur "Energetischen Restholznutzung in Rheinland-Pfalz" bringen wir in unserem walddreichen Land effiziente und umweltschonende Formen der Energiegewinnung aus Holz voran. Einen weiteren Schwerpunkt bildet der Bau moderner Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die Wärme- und Energieerzeugung umweltgerecht miteinander verbinden.

Um eine ökologisch nachhaltige Entwicklung zu erreichen, muss der Anteil erneuerbarer Energien gestärkt und müssen alle Einsparpotentiale ausgenutzt werden. Deshalb werden wir:

- zusammen mit der Bundesregierung eine zukunftsfähige Energiepolitik mit einem vernünftigen Mix umweltschonender Energieträger vorantreiben.
- in unserem Land auf klimaschonende Zukunftstechnologien setzen, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft dauerhaft zu sichern.
- dem Ausbau der Solarenergie in Rheinland-Pfalz einen hohen Stellenwert einräumen.
- uns für die Förderung energiesparenden Bauens und Renovierens einsetzen, damit auch Familien und Geringverdienende von sinkenden Energiekosten profitieren.
- uns dafür einsetzen, dass auch zukünftig die notwendigen Investitionen in die Netze vorgenommen werden, um eine sichere und konkurrenzfähige Stromversorgung zu gewährleisten.
- die in der Raumplanung ausgewiesenen Windenergiegebiete konsequent nutzen, um den Anteil der Windenergie zu erhöhen.
- flexible Lösungen bei der Nutzung der Wasserkraft zu schaffen, die sowohl dem Klimaschutz als auch dem Naturschutz Rechnung tragen.
- weiterhin alle Möglichkeiten ausnutzen, um die umweltschonende Energiegewinnung aus Holz zu fördern.
- uns dafür einsetzen, dass die kommunalen Energieerzeuger eine Chance auf dem liberalisierten Strommarkt erhalten.
- eine Vorreiterrolle übernehmen bei der Energie-Einsparung in öffentlichen Gebäuden, um so die Umwelt zu schonen und zugleich Verwaltungskosten zu senken.

11. Eine Innovationsoffensive für Tourismus starten

Rheinland-Pfalz hat das Glück, über reizvolle Landschaften sowie großen historischen und kulturellen Reichtum zu verfügen. Die Gastfreundlichkeit seiner Menschen, der Wein und seine kulinarische Vielfalt machen unser Land zu einer idealen Erholungs- und Freizeitregion.

Seit die SPD-geführte Landesregierung 1991 die Verantwortung übernommen hat, sind wir große Schritte nach vorne gegangen: Der Kultursommer macht alljährlich das ganze Land zu einer bunten Veranstaltungsbühne. 20 autofreie Sonntage locken tausende Menschen an Rhein, Mosel und in die Pfalz. Der Rheinland-Pfalz Tag ist zu einem Treffpunkt mitten im Leben unseres Landes und seiner Städte geworden. Museen, Theater und Freizeit-Parks haben neue Attraktivität gewonnen. Unsere Dörfer sind auch durch den Einsatz tausender Bürgerinnen und Bürger schöner geworden. Die Winzerinnen und Winzer unseres Landes finden zunehmend Anerkennung in ihrem Bemühen um noch mehr Qualität. Gastronomie und Hotellerie sind auf gutem Weg. Naturschutz und eine ökologisch orientierte Wasserwirtschaft tragen zu einem attraktiven und intakten Landschaftsbild bei. Mehr als 6 Millionen Gäste konnten das 1999 genießen.

Der Tourismus ist ein gewichtiger Wirtschaftsfaktor und gehört weltweit zu den bedeutenden Wachstumsmärkten. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz an dieser Entwicklung seinen Anteil hat. Dazu sind große Anstrengungen aller Beteiligten erforderlich. Die zahlreichen positiven Aktivitäten sind zielgerichtet zu bündeln. Diese Herausforderung anzunehmen, ist einer der Schwerpunkte unserer Politik in den kommenden Jahren.

Es wird darauf ankommen, die Dynamik der Tourismusbranche zu verbinden mit einer nachhaltigen Entwicklung der Infrastruktur, der Vermarktung unserer regionalen Produkte und dem verantwortungsbewussten Umgang mit Natur und Umwelt.

Wir werden:

- das Mittelrheintal in die Spitze des Kulturtourismus in Europa bringen und dazu die Bewerbung des Mittelrheintales zwischen Koblenz und dem Binger Loch für das UNESCO-Welterbe vorantreiben. Wir wollen sie zum Erfolg führen.
- für die touristische Entwicklung der Loreley zusätzliches Kapital für deren künstlerische und nachhaltige Ausgestaltung mobilisieren.
- die Stadt Koblenz bei ihrer Bewerbung für die Bundesgartenschau ausdrücklich unterstützen.
- nach dem großen Erfolg in Kaiserslautern weitere Landesgartenschauen realisieren.
- die Kulturlandschaft an der Mosel und ihren Nebenflüssen weiter touristisch erschließen und insbesondere das "Römerland" zwischen Rhein und Mosel mit seiner Hauptstadt Trier in den Vordergrund stellen. Wir wollen die touristische Zusammenarbeit in der Großregion Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz stärken.
- für ein übergreifendes, abgestimmtes Regionen-Marketing eintreten. Für die Eifel wollen wir eine verstärkte Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalen erreichen. Die Pfalz, der Hunsrück und der Westerwald bedürfen ebenso wie Nahe und Ahr touristischer Leitbilder, die Stadt und Dorf, ländliche Räume und Flusslandschaft stärker integrieren.
- ein Netzwerk in der kleinräumigen Museumsstruktur der Pfalz und im Hunsrück aufbauen. Wir regen z.B. historische Handwerkerstraßen, industriegeschichtliche

Pfade und den Aufbau einer "Straße der Demokratie" von Baden über die Pfalz, Mainz, Frankfurt, Weimar nach Berlin an.

- die einzigartigen historischen Städte Speyer, Worms und Trier als Teil unserer Geschichte präsentieren.
- private und öffentliche Träger dabei unterstützen, Burgen, Schlösser, Altertümer konsequent instand zu setzen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
- attraktive, touristische Angebote für Kurzurlauber, Fernreisende und Urlauber mit Kindern sowie Seniorinnen und Senioren anregen. In konsequenter Fortführung unseres Einsatzes für ein kinderfreundliches Rheinland-Pfalz werden wir den Jugend- und Kindertourismus ausbauen.
- die gute Entwicklung des Nürburgrings fördern.
- die Kur- und Heilbäder im Land in ihrer Öffnung für neue Angebote und die Gewinnung eines neuen Publikums ausdrücklich ermuntern. Der Gesundheits- und Fitnesstourismus ist eine Chance für unser Land!
- die Internet-Werbung für den Tourismus in Rheinland-Pfalz verstärken.
- Gaststätten und Hotels zu einer neuen Qualitätsoffensive anregen. Wir treten für gemeinsame regionale Werbung ein. Wir werden eine zentrale Online-Hotelbuchung unterstützen.

gestalten

Für eine aktive Bürgergesellschaft

Wir leben in einer Zeit umfassenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandels, in der wesentliche Aufgaben und Tätigkeitsfelder von Staat, Gesellschaft und Bürgerinnen und Bürgern neu bestimmt und miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Das letzte Jahrzehnt in Rheinland-Pfalz hat gezeigt, dass wir diesem Wandel nicht hilflos ausgeliefert sind, sondern ihn bewusst und mit Rücksicht auf unsere Traditionen und Wertvorstellungen gestalten können.

Eckpfeiler dieser Neubestimmung ist eine veränderte Beziehung von Staat und Gesellschaft. Der Staat ist weder Obrigkeitsstaat noch bloßer Daseinsfürsorgestaat, auch wenn er nach wie vor zentrale hoheitliche und wohlfahrtsstaatliche Funktionen auszuüben hat. Er muss vor allem ein aktivierender Staat sein, der Bürgerinnen und Bürgern sowie gesellschaftlichen Gruppen hilft, ihre Eigeninitiative und Eigenverantwortung in das politische Leben einzubringen. Wir brauchen so viel Staat wie nötig und so viel Bürgersinn wie möglich.

Rheinland-Pfalz spricht ein gehöriges Wort bei bundespolitischen Entscheidungen mit. Durch kluge Politik konnte die Landesregierung bei der Steuerreform die spezifischen rheinland-pfälzischen Interessen durchsetzen. Kleine und mittlere Unternehmen, wie wir sie in unserem Bundesland besonders häufig vorfinden, wurden besonders entlastet.

Die Europäische Union wird für die Menschen vor Ort immer wichtiger. Wesentliche Entscheidungen der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltpolitik oder auch des Verbraucherschutzes fallen in Brüssel. Wir sind uns dieser Herausforderung bewusst und wollen unseren Anteil daran aktiv gestalten. Was vor Ort besser geregelt werden kann, muss dezentral entschieden werden. Für gemeinsame Anliegen in der Europäischen Union braucht sie starke und effiziente Institutionen.

Wir werden auch weiterhin konsequent die rheinland-pfälzischen Interessen in Berlin und Brüssel vertreten!

1. Durch solide Finanzen die Zukunft sichern

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat seit ihrer Regierungsübernahme im Jahre 1991 in der Haushalts- und Finanzpolitik einen konsequenten Konsolidierungskurs gesteuert. Dieser Kurs der Vernunft muss fortgesetzt werden, um zukünftige Generationen nicht mit den Schulden von gestern und heute zu belasten. Nur so können ihnen eigene politische Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet werden.

Als erstes Bundesland beschreitet Rheinland-Pfalz unter sozialdemokratischer Führung energisch den Weg aus der Schuldenfalle. Wir betreiben eine konsequente und nachhaltige Finanzpolitik mit dem klaren Ziel, spätestens im Jahr 2008 die Neuverschuldung des Landes auf Null zurückzufahren und einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorzulegen. Dieser konsequente Sparkurs ist kein Selbstzweck. Er schafft die Voraussetzung für zielstrebiges und verantwortungsvolles Planen für die Zukunft. Derzeit fließt jede vierte Steuermark in die Schuldentilgung. Ein Viertel des gesamten Steueraufkommens kann den Bürgerinnen und Bürgern somit nicht in Form von Leistungen des Staates zurückgegeben werden. Diese Entwicklung muss zurückgeführt werden! Nur auf der Grundlage eines soliden Haushaltes können wir die anstehenden Herausforderungen bewältigen, kann die Zukunft aktiv gestaltet werden.

Die Entschlossenheit zum Sparen ist verbunden mit dem festen Willen, gleichwohl politische Schwerpunkte auf den Themenfeldern zu setzen, die für die Entwicklung des Landes und die Lebenschancen seiner Menschen von zentraler Bedeutung sind. Die ungebrochenen Anstrengungen auf dem Gebiet der Bildung und Wissenschaftsförderung sind ein besonders eindrucksvolles Beispiel.

Eine solide Haushaltspolitik ist auch eine ganz wesentliche Voraussetzung zur Finanzierung der notwendigen Absenkung von Steuern und Abgaben, die nach der Ablösung der Regierung Kohl im Jahr 1998 nunmehr konsequent umgesetzt wird.

Die mit einer Gesamtentlastung von 93 Milliarden DM in den Jahren 1999 bis 2005 größte Steuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist ganz maßgeblich von Rheinland-Pfalz mitgestaltet und durchgesetzt worden. Alleine in 2001 beträgt die zusätzliche Steuerentlastung gegenüber dem Jahr 2000 über 45 Milliarden DM.

Die besonders starke Absenkung der Steuersätze bei geringeren Einkommen, die erhebliche Anhebung der steuerfreien Grundfreibeträge und die familienfreundliche Ausgestaltung der Steuerreform erhöhen die soziale Gerechtigkeit und schaffen gleichzeitig entscheidende Voraussetzungen für eine nachhaltige Stärkung der Binnennachfrage.

Die von Rheinland-Pfalz durchgesetzten Verbesserungen für den Mittelstand und die faktische Abschaffung der Belastung aus der Gewerbesteuer für Personenunternehmen schon ab 2001 führen zu einer erheblichen Entlastung vor allem mittelständischer Unternehmen, die für unser Land prägend sind.

Durch die drastische Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf 25 Prozent verbessert sich auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Kapitalgesellschaften in unserem Land, das weit mehr als andere Bundesländer vom Export bestimmt wird.

Die durch die Steuerreform verursachten Einnahmeausfälle in den öffentlichen Haushalten stellen eine große Herausforderung dar. Durch eine sehr sparsame Haushaltswirtschaft hat die Landesregierung allerdings bereits in den Jahren 1999 und 2000 die Weichen dafür gestellt, dass die Steuerausfälle in den nächsten Jahren ohne zusätzliche Schulden bewältigt werden können.

Für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes ist auch die notwendige Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs bedeutsam, durch den ein finanzieller Ausgleich zwischen dem Bund und den Ländern und zwischen den Ländern hergestellt werden muss.

Das vorrangige Ziel, durch solide Finanzen eine konsequente Zukunftssicherung zu gewährleisten, werden wir durch weitere, flankierende finanzpolitische Maßnahmen erreichen. Wir werden:

- Das finanzpolitische Hauptziel eines Haushalts ohne Neuverschuldung wird zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens aber für das Jahr 2008 angestrebt.
- eine hohe Investitionsquote zum weiteren Ausbau der Infrastruktur in unserem Land beibehalten.
- den Ausgabenanstieg durch den Einsatz neuer Steuerungsmodelle im öffentlichen Sektor begrenzen.
- die Vorsorge durch den eingerichteten Pensionsfonds für die zukünftigen Versorgungsaufwendungen fortsetzen.
- uns mit einem eigenen Konzept, das ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Solidarität und verbleibenden Leistungsanreizen vorsieht, in die bundespolitische Diskussion zur Neuordnung des Finanzausgleichs einbringen.
- durch eine sehr sparsame Haushaltspolitik die finanziellen Voraussetzungen für eine deutliche Verbesserung des Familienleistungsausgleichs ab 2002 schaffen.

2. Staat und Verwaltung modernisieren, die Bürgergesellschaft fördern, das Ehrenamt stärken

Wir brauchen eine neue Arbeitsteilung von Staat und Gesellschaft. Die SPD will einen starken, handlungsfähigen und dialogbereiten Staat, der Garant eines friedlichen Zusammenlebens der Menschen ist, schutzbedürftigen Hilfe gibt, ökonomischen Machtmissbrauch verhindert, Innovation und Wandel ermöglicht und die ethischen und moralischen Grundlagen unseres Zusammenlebens verteidigt. Um dies leisten und auf neue Herausforderungen reagieren zu können, müssen staatliche Stellen auf allen Ebenen kontinuierlich von überholten, ineffizienten und durch den technischen oder sozialen Wandel überflüssig gewordenen Aufgaben befreit werden.

Der Staat soll seine Steuerungsmöglichkeiten nicht in einer unkontrolliert wachsenden Flut von unmittelbaren Eingriffen in gesellschaftliche und wirtschaftliche Abläufe erschöpfen. Es kommt vielmehr darauf an, durch kluge Regelsetzungen einen dynamischen Handlungsrahmen für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte zu schaffen. Wir streben einen Staat an, der eine Bürgergesellschaft aktiviert und fördert, in der ehrenamtliches Engagement großgeschrieben wird. Der Staat muss Vereinen, Initiativen und Gruppen einen leistungsfähigen und flexiblen Rahmen für ihr eigenverantwortliches Engagement bieten. Der vielgestaltige Bereich ehrenamtlicher Tätigkeit in Rheinland-Pfalz ist ein unverzichtbarer und zukunftsweisender Aktivposten der gesellschaftlichen Entwicklung. Hier erfüllen Tausende von Bürgerinnen und Bürgern durch ihre Aktivitäten im sozialen und kulturellen Bereich ihrer Gemeinden und in den Sportvereinen zentrale Integrationsaufgaben. Sie erfahren dabei Freude und persönliche Anerkennung.

Das Prinzip der Subsidiarität gilt für uns nicht nur für die Arbeitsteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten beziehungsweise ihren Regionen, sondern auch für die Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen in der Bundesrepublik. Der Föderalismus muss durch eine Rückverlagerung von Aufgaben vom Bund zu den Ländern und den Abbau von Mischfinanzierungen gestärkt werden. Wir werden deshalb auch in unserem Land fortlaufend prüfen, welche Aufgaben sich auf der Ebene der Gemeinden, Städte und Landkreise besser als auf der Landesebene erfüllen lassen. Hierbei ist der Kommunale Rat angemessen zu beteiligen. Die Modernisierung der Landesverwaltung ist ein wesentlicher Beitrag zu einem neuen Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Hier sind im vergangenen Jahrzehnt viele Erfolge erzielt worden. Im Zentrum der Neuorganisation der Landesverwaltung steht die Auflösung der drei Bezirksregierungen und die Einsetzung funktionsgerechter und zukunftsweisender Dienstleistungszentren. Durch die Einsparung von Verwaltungsebenen und die künftig funktionale Organisation mit ihrer effizienten Straffung von Aufgabenfeldern wird die Landesverwaltung gebündelt, beschleunigt und vereinfacht.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes stehen für die SPD im Mittelpunkt aller Reformvorhaben und Verbesserungsmöglichkeiten in der Landes- und Kommunalverwaltung. Ihre Leistungsbereitschaft, ihre Kreativität und ihre Erfahrungen sind die Basis für die Weiterentwicklung unserer Verwaltungen im Dienste des Bürgers. Das Bewusstsein, dass Verwaltungsmodernisierung diese Arbeitsplätze nicht nur sichert, sondern erfolgreicher und erfüllender macht, werden wir im Dialog mit den Beschäftigten weiter vertiefen. Deshalb wird die organisatorische Vereinfachung von internen Modernisierungsschritten begleitet und verstärkt. So etwa durch die zielgerichtete Anwendung neuer Steuerungssysteme in der Landesverwaltung, die die Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärken sowie die Verwaltung insgesamt leistungsfähiger machen. Dazu gehört auch die Möglichkeit,

Führungspositionen in Teilzeit zu vergeben. Damit wird eine wichtige Voraussetzung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für Männer geschaffen.

Modernste Kommunikationstechniken und –netze wie das Rheinland-Pfalz-Netz kommen zum Einsatz und gewährleisten schnellere und bürgernahe Arbeit. Das Vermessungs– und Katasterwesen wurde ebenso modernisiert wie das Forstwesen und die Sozialverwaltung. Um die Finanzkraft der Kommunen zu sichern, hat das Land seit 1995 den Finanzausgleich verlässlich auf einem hohen Niveau gehalten und für eine im Vergleich zu anderen Bundesländern beachtliche kommunale Finanzausstattung gesorgt.

Seit 1991 haben wir die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zur unmittelbaren Mitwirkung und Mitentscheidung auf allen politischen Ebenen konsequent ausgebaut. Wir haben die Direktwahl der Bürgermeister und Landräte, erweiterte Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens im Kommunalwahlrecht, die Einwohnerinitiative sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in der Kommunalverfassung eingeführt. Im Rahmen der umfassenden Reform der Landesverfassung haben wir die Volksinitiative durchgesetzt sowie Volksbegehren und Volksentscheid durch die Absenkung der Mindestbeteiligungen für die Bürgerinnen und Bürger handhabbarer gemacht.

Die rheinland-pfälzische SPD wird diese Modernisierung von Staat und Gesellschaft unter dem Leitbild des aktivierenden Staates und der lebendigen Bürgergesellschaft konsequent fortsetzen. Wir werden:

- die Verwaltungsreform weiter vorantreiben. Ziel ist es, die Arbeit der Verwaltungen im Sinne eines bürgerfreundlichen Service zu optimieren.
- in der Landesregierung ein "Bürger Center" einrichten. In der Art eines Call Centers soll es eine schnelle und unbürokratische Kommunikation zwischen Bevölkerung und Verwaltung gewährleisten. Bürgerinnen und Bürger können hier zentral Fragen stellen und Informationen einholen, ohne selbst die unterschiedlichen Zuständigkeiten erfragen zu müssen.
- im öffentlichen Dienstrecht mehr Leistungsanreize für die Beschäftigten und mehr Flexibilität einführen, um den Anforderungen kontinuierlicher organisatorischer Veränderungen, beständiger Fort- und Weiterbildung und von mehr Eigenverantwortung gerecht werden zu können.
- die Beteiligung und die Möglichkeiten der Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger bei bestimmten kommunalen Projekten und Entwicklungsvorhaben verpflichtend in der Kommunalverfassung festschreiben.
- unsere beispielhafte Ehrenamtspolitik durch systematische Schulung und Förderung der Aktiven im Bereich des Ehrenamts, die Einrichtung und den Ausbau einer "Geschäftsstelle Ehrenamt" zur Unterstützung ehrenamtlicher und bürgerschaftlicher Aktivitäten und den Ausbau einer umfangreichen Datenbank als Informationsnetzwerk für Vereine, Gruppen und Initiativen verstärkt fortführen.
- angesichts der Herausforderungen der Informationsgesellschaft das jetzt in unserer Landesverfassung verankerte Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wirksam sichern.
- prüfen, inwieweit bestimmte Bearbeitungszeiten für Genehmigungsverfahren verbindlich vorgeschrieben werden können. So werden wir als investitionsfreundliches Land besser, schneller und attraktiver sein als andere Länder und europäische Regionen.
- die Genehmigungsverfahren bei Investitionsvorhaben mit dem Ziel der Qualitätsverbesserung, Kundenorientierung und Beschleunigung weiter optimieren.

Dabei werden wir neben der Weiterbildung und Qualifizierung der mit diesen Genehmigungsverfahren betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt auch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien einsetzen.

- die Qualität der Gesetzesarbeit durch vorab durchgeführte systematische Gesetzesfolgenabschätzungen weiter verbessern.
- die Zuständigkeiten und Entscheidungsspielräume der Kommunen bei gleichzeitiger Sicherung der notwendigen Finanzierungsmittel ausbauen.
- neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit von Städten und Umland erproben und fördern, um die Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit der Städte bei Erhalt bewährter kommunaler Strukturen zu stärken.
- das kommunale Haushaltsrecht im Hinblick auf die Einführung von modernen Formen des betrieblichen Rechnungswesens und der Organisations- und Unternehmenssteuerung weiter reformieren mit dem Ziel von mehr Kostenbewusstsein und -effizienz.

3. Umfassende Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten

Innerer Frieden und innere Sicherheit sind zentrale Aufgaben des Staates. Das Recht der Bürgerinnen und Bürger, frei von Angst vor Verbrechen und Gewalt zu leben, hat einen elementaren Rang. Innerer Frieden und innere Sicherheit können nur in einem gesellschaftlichen Klima gedeihen, das durch Gerechtigkeit, wirtschaftliche und soziale Stabilität und Toleranz im öffentlichen Raum gekennzeichnet ist. In diesem Sinne trägt eine gezielte und erfolgreiche Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik immer auch wesentlich zur Stabilisierung der inneren Sicherheit bei.

Indem die Politik zukunftsweisende gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen schafft, begründet sie optimistische Erwartungen, die vor allem die junge Generation in die Gesellschaft einbinden und ihr den Einstieg in das Erwerbsleben erleichtern. Optimismus und Zuversicht sind die beste Prävention gegen Gewalt und Sucht. Ebenso ist ein engagiertes Eintreten für ein friedliches Miteinander von Einheimischen und Zugewanderten eine unverzichtbare Grundlage für eine friedliche und sichere innere Ordnung unseres Gemeinwesens. Besonderes Augenmerk muss hierbei gerechten Zukunftschancen für junge ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, Aussiedlerinnen und Aussiedler gelten.

Die Pflege eines positiven gesellschaftlichen Klimas des inneren Friedens und des toleranten Umgangs wird durch eine zielstrebige und konsequente Bekämpfung von allen Formen der Kriminalität ergänzt. Bürgerinnen und Bürger haben nicht nur ein Anrecht auf Sicherheit, sondern auch auf unbeschädigte öffentliche Räume in Städten und Gemeinden. Polizei, Bürgerinnen und Bürger arbeiten hier Hand in Hand.

Die Menschen leben in Rheinland-Pfalz sicher. Das Risiko, außerhalb der eigenen vier Wände Opfer einer Straftat zu werden, ist in unserem Land im Bundesvergleich am geringsten. Wir haben heute in Rheinland-Pfalz eine engagierte, effektive und erfolgreiche Polizei. Seit 1991 hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung die Polizeiorganisation modernisiert und mit neuen Kriminalinspektionen die Präsenz in der Fläche verbessert. Über das Rotationsverfahren wird die reformierte Bereitschaftspolizei auch im Wechselschichtdienst eingesetzt. Wir haben den Bezirksdienst verstärkt, damit mehr Bezirksbeamtinnen und -beamte als unmittelbare Ansprechpartner den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

Jugendkriminalität ist nicht nur eine Herausforderung für die polizeiliche Arbeit, sondern zuallererst ein gesellschaftliches Problem, bei dessen Bekämpfung Familie, Schule, kommunale Sozialarbeit und ausbildende Wirtschaft gefordert sind. Ein wichtiger Beitrag, vor allem im Hinblick auf die präventive Arbeit ist, dass alle Polizeiinspektionen mittlerweile über qualifizierte Jugendsachbearbeiter verfügen.

Gewalt gegen Frauen ist ein ernst zu nehmendes Problem. Frauenhäuser und Notrufe stellen zwar dank gesicherter finanzieller Zuschüsse durch das Land ein wichtiges Beratungs-, Hilfs- und Zufluchtsangebot zur Verfügung. Doch darüber hinaus ist es erforderlich, auch präventiv gegen die Gewalt vorzugehen, die Opfer besser zu schützen und die Taten wirksam zu ahnden. Mit dem Interventionskonzept gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen soll dieses Ziel durch koordinierte Zusammenwirken aller staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen erreicht werden.

Mit insgesamt 2.000 Neueinstellungen zwischen 1991 und 1999 und jeweils 225 neuen Beamtinnen und Beamten in den Jahren 2000 und 2001 haben wir die Personalausstattung der rheinland-pfälzischen Polizei entscheidend gestärkt. Mit der Laufbahn- und Ausbildungsreform im Rahmen der Einführung der zweigeteilten Laufbahn

haben wir Ausbildung und Bezahlung der Polizeibeamtinnen und -beamten grundlegend verbessert.

Die rheinland-pfälzische Polizei ist heute mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik ausgestattet. Für 52 Millionen Mark haben alle 120 Dienststellen PC-Arbeitsplätze erhalten, die über das Rheinland-Pfalz-Netz miteinander verbunden sind.

Dies bringt etwa 15 bis 20 Prozent Arbeitserleichterung und setzt Kräfte zur Stärkung der Polizeipräsenz vor Ort frei. Mit dem neuen Intranet der Polizei wird die Kommunikation künftig schneller und besser funktionieren und Kosten sparen. Wir werden ein Polizeixtranet aufbauen, damit sich die Polizeien aller Länder über eine Datenautobahn verständigen können. Mit 5 Millionen Mark haben wir ein landesweites Führungsnetz im Funkbereich der Polizei bereits abgeschlossen. Mit mobilen Funktelefonen ist die Polizei nunmehr weitestgehend versorgt. Der Fahrzeugpark der Polizei wurde weiter modernisiert und um insgesamt rund 600 Fahrzeuge erhöht. Die Wasserschutzpolizei hat Dienstboote der neuen Generation erhalten, mit der Ersatzbeschaffung von Polizeihubschraubern ist bereits begonnen worden. Abgeschlossen worden ist inzwischen auch die flächendeckende Ausstattung der Polizeidienststellen mit Spezialkameras zur Vermessung von Tatorten und Unfallstellen.

Unsere Politik zahlt sich heute aus: Die Straftaten gehen seit 1998 merklich zurück. Während 1997 noch 53,8 Prozent der Delikte aufgeklärt wurden liegen wir jetzt bei 56,8 Prozent, dem höchsten Wert, den Rheinland-Pfalz je zu verzeichnen hatte. Bei der Anzahl der Straftaten liegt Rheinland-Pfalz deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Das landesweite System der kriminalpräventiven Räte und der lokalen Sicherheitspartnerschaften unterstützt die Arbeit der Polizei entscheidend. Hierdurch wurde zudem das Engagement und die Verantwortungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger und der kommunal Verantwortlichen für die Sicherheit in den Gemeinden gestärkt. Grundlage für eine erfolgreiche Partnerschaft zwischen Polizei, Bürgerinnen und Bürgern ist eine Kultur der Zivilcourage. Mit ihrer erfolgreichen Aktion "Wer nichts tut, macht mit", die wir fortsetzen werden, hat die rheinland-pfälzische Polizei dazu einen wirkungsvollen und bewusstseinsbildenden Beitrag geleistet.

Die Landesregierung tritt schnell und entschlossen allen radikalen und extremistischen Diffamierungen und Gewalttaten, insbesondere von rechtsradikalen Gruppen, entgegen. Wir werden uns auch weiterhin nicht durch verblendete und radikale Gruppen in unserem Bemühen um ein friedliches Miteinander von Einheimischen und Zugewanderten beeinträchtigen lassen. Gewalt gegen Menschen und Sachen in jeglicher Form ist ein Angriff auf die Grundlagen unserer Verfassungsordnung und muss breit gesellschaftlich geächtet bleiben. Gewalttäter und extremistische Organisationen müssen konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden.

Es müssen aber nicht nur die Täter und die Erscheinungsformen rechtsextremer Gewalt bekämpft werden, sondern es muss auch ihr gesellschaftliche Nährboden trocken gelegt werden. Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und eine intensive Sozial- und Jugendpolitik der Landesregierung schaffen hierfür wirksame Rahmenbedingungen. Vielfältige Maßnahmen und Projekte zur Integration von Jugendlichen, die Stärkung der Jugend- und der Jugendverbandsarbeit, gezielte Aufklärung, politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit ergänzen dieses Maßnahmenbündel gegen Rechts.

Diese erfolgreiche Politik der inneren Sicherheit wollen wir fortsetzen. Wir werden:

- die Reform der Polizeiausbildung konsequent weiterführen.
- den hohen Personalstand bei der rheinland-pfälzischen Polizei auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Altersabgänge durch ein langfristig angelegtes Personalkonzept halten und durch eine ausreichende Einstellung von Anwärtnerinnen und Anwärtern Vorsorge für die hohen altersbedingten Abgänge zum Ende des laufenden Jahrzehntes Sorge tragen.
- das sogenannte Angestelltenprogramm im bisherigen Umfang weiterführen und die Polizei weiterhin von polizeifremder Tätigkeit entlasten. Zum Ausgleich von unvorhersehbaren Personalausfällen wird ein Stellenpool gebildet.
- die sichtbare Polizeipräsenz zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger durch den Bezirksdienst, Fuß-, Rad- und Frauenstreifen verstärken.
- die Sicherheitspartnerschaften zwischen Polizei, Bürgerinnen und Bürgern ausbauen und die erfolgreiche Aktion für Zivilcourage "Wer nichts tut, macht mit" fortführen.
- die Maßnahmen zur Kriminalitätsprävention vor allem im Bereich der Kinder und Jugendlichen weiter verstärken und innovative Konzepte der Drogenpolitik unterstützen, die den Teufelskreis von Sucht und Kriminalität aufbrechen.
- Polizei und Justiz befähigen, frühzeitig neue Formen der Kriminalität zu bekämpfen, die mit der immer umfassenderen Verbreitung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie entstehen.
- das Interventionskonzept gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen fortführen, um Gewalt gegen Frauen in Zukunft wirksamer bekämpfen zu können.
- das durch den "Mainzer Appell" angestoßene breite gesellschaftliche Aktionsbündnis gegen den Rechtsextremismus zu einem Schwerpunkt der Präventionsarbeit ausbauen.
- Wir wollen alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten ausschöpfen, der Propaganda und Hetze neonazistischer Gruppierungen im Internet einen Riegel vorzuschieben. Dabei reicht es nicht aus, nur den nationalen Rahmen zu beachten. Wir brauchen hier auch europäische und über Europa hinausgehende internationale Regelungen, Absprachen und Instrumente gegen diese Form der offenen Menschenverachtung.
- Die bisherige Förderung der Gedenkstättenarbeit (z.B. KZ-Gedenkstätte Osthofen und Hinzert) ist auf hohem Niveau fortzusetzen. Neben Osthofen ist auch das frühere Konzentrationslager Hinzert zu einem Dokumentationszentrum auszubauen, um die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz als ewige Mahnung an die nachfolgenden Generationen zu dokumentieren.

4. Zeitgemäß Recht schaffen

Nur eine leistungsfähige und bürgernahe Justiz kann den Aufgaben und Herausforderungen des Rechtsstaates im 21. Jahrhundert gerecht werden. Die rasante Entwicklung der Informationsgesellschaft mit ihren wachsenden technischen Möglichkeiten sowie die europäische und internationale Verflechtung stellen für die Rechtspolitik neuartige Herausforderungen dar. Die Justiz muss in die Lage versetzt werden, diese Anforderungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu bewältigen.

Die SPD-geführte Landesregierung hat hierzu in den letzten Jahren wichtige Entscheidungen getroffen. Sie hat die technische Ausstattung der Gerichte verbessert. Der Weiterbildung der Richterinnen und Richter, der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte wurde besonderes Gewicht beigemessen. Mit der Deutschen Richterakademie und der Europäischen Rechtsakademie in Trier befinden sich die bedeutendsten Weiterbildungseinrichtungen für die Justiz in Rheinland-Pfalz.

Strafvollzug hat den Auftrag, die Gesellschaft zu schützen, weitere Straftaten zu verhindern und Straftäterinnen und Straftäter auf das Leben in Freiheit unter Beachtung der Gesetze vorzubereiten. Das Land ist bei der flächendeckenden Umsetzung des Täter-Opfer-Ausgleichs bundesweit führend. In Fällen, wo es zu verantworten war, hat das Programm "Schwitzen statt Sitzen" einen wichtigen Beitrag geleistet, Haftstrafen zu vermeiden und damit der Gefahr der Rückfälligkeit und der sozialen Isolation entgegengewirkt. Beschleunigte Verfahren, bei denen die Verurteilung der Tat auf dem Fuße folgt, fördern die Einsicht des Täters in sein Fehlverhalten. Dies verstärkt die vorbeugende Wirkung der Strafe.

Das Internet und andere elektronische Medien eröffnen allen Bürgerinnen und Bürgern neue begrüßenswerte wirtschaftliche und soziale Möglichkeiten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass durch diese neuen Informations-, Kommunikationsmöglichkeiten und Handlungsformen der Rechtsschutz nicht ausgehöhlt wird. Dies gilt vor allem für einen effektiven Verbraucher-, Urheberrechts- und Datenschutz. Auch müssen die Rechte Minderjähriger und anderer nicht voll geschäftsfähiger Personen geschützt werden. Die von der Sozialdemokratie erkämpften Schutzstandards in diesen Bereichen sind auch bei Verwendung dieser neuen Medien effektiv zu sichern.

Wir werden es nicht hinnehmen, dass diese technischen Möglichkeiten für kriminelle Zwecke und zu rechtsradikaler Propaganda missbraucht werden.

Seit dem 18. Mai 2000 haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich mit einer Verfassungsbeschwerde gegen staatliche Eingriffe in ihre Grundrechte zur Wehr zu setzen. Daraus wird deutlich, dass die rheinland-pfälzische SPD ihre Justizpolitik nach den begründeten Interessen der Bürgerinnen und Bürger ausrichtet.

Um eine zeitgerechte Rechtsprechung zu gewährleisten werden wir:

- Opferschutz und Täter-Opfer-Ausgleich als wichtige Elemente der Verbrechensprävention intensivieren.
- zur Entlastung der Gerichte geeignete Verfahren zur außergerichtlichen Schlichtung von Konflikten fördern.
- die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Justiz unserer europäischen Nachbarn verstärken.

- die Zusammenarbeit zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaft und Polizei bei der Ausbildung und der EDV-Ausstattung ausbauen.
- Richterwahlausschüsse beim Landtag einrichten, in die auch Vertreterinnen und Vertreter der Richter- und der Anwaltschaft berufen werden. Die Ernennung und Beförderung der Richterinnen und Richter gehört in die Verantwortung der Volksvertretung, denn die Gerichte urteilen "im Namen des Volkes".
- eine Reform der Gerichtsorganisation und der gerichtlichen Verfahren nur dann unterstützen, wenn mit ihr nach einer entsprechenden Gesetzesfolgenabschätzung mehr Effektivität und Bürgernähe erwartet werden können.
- uns auf Bundesebene für eine weitergehende Reform der juristischen Ausbildung einsetzen, die auch Erfordernissen der Zeit im Hinblick auf die Informationsgesellschaft, die Internationalisierung und die soziale Kompetenz gerecht werden.

5. Die Chancen einer Kernregion nutzen

Rheinland-Pfalz ist eng verflochten mit vielen europäischen Nachbarn und hat Anteil an pulsierenden und innovativen innerdeutschen Wirtschaftsregionen. Mainz und zunehmend ganz Rheinhessen ist Teil des Rhein-Main-Gebietes. Ludwigshafen und Worms gehören zum Rhein-Neckar-Dreieck. Die südlichen Landesteile sind wichtiger Bestandteil der PAMINA-Zusammenarbeit am Oberrhein. Die Westpfalz, Trier und die Südeifel sind über die Kooperation Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz eng miteinander verbunden. Im Norden des Landes hat die Entwicklung der Euregio Rhein-Maas und des Köln/Bonner Raumes erhebliche Bedeutung. Die rheinland-pfälzischen Teile des Siegerlandes sind mit Siegen ebenso verbunden, wie der Taunus mit dem Rhein-Main-Gebiet.

Viele Menschen aus Rheinland-Pfalz finden in den Nachbarregionen Arbeit und viele rheinland-pfälzische Unternehmen ziehen über die Landesgrenzen hinweg Pendler und Kunden aus den Nachbarregionen an. Als europäische Kernregion muss Rheinland-Pfalz die Chancen konsequent nutzen, die in diesen Verflechtungen liegen und als aktiver Partner seinen starken und zukunftssträchtigen Anteil an diesen Regionen weiterentwickeln.

Die rheinland-pfälzische SPD wird zum Gelingen dieser regionalen und interregionalen Zusammenarbeit konsequent beitragen. Wir werden:

- durch verstärkte länderübergreifende Zusammenarbeit insbesondere von Hochschulen und Forschung sowie abgestimmter Raumordnung die länderübergreifenden Ballungsräume im innerdeutschen und europäischen Wettbewerb stärken.
- die länderübergreifende Koordinierung des Öffentlichen Personennahverkehrs mit dem Rheinland-Pfalz-Takt sicherstellen.
- die Verkehrsadern und den Öffentlichen Personennahverkehr in Rheinhessen und ihre Verknüpfungen in den hessischen Teil der Rhein-Main-Region ausbauen.
- die S-Bahn Rhein-Neckar über Ludwigshafen realisieren, für die Sicherung des ICE-Knotenpunktes Mannheim eintreten und eine neue Rheinbrücke bei Worms vorantreiben.
- die Straßenverbindungen ins Elsass durch die Bienwaldumfahrung der Strecke Wörth-Straßburg und nach Lothringen in den Raum Bitsch deutlich verbessern.
- im Norden des Landes und im Taunus die Anbindung verbessern und den ICE-Halt Montabaur stärken.
- den Ausbau der Hochgeschwindigkeitsverbindung POS Paris-Saarbrücken-Kaiserslautern-Mannheim im rheinland-pfälzischen Teil zügig vorantreiben.
- den A1-Lückenschluss ebenso vollenden, wie den Abschluss der A63 bei Kaiserslautern.
- die rheinland-pfälzischen Projekte im Rahmen des Bonn/Berlin-Ausgleichs in Remagen, Rolandseck und im Kreis Ahrweiler und Neuwied erfolgreich abschließen.

6. Das Europa der Regionen aktiv gestalten

Für Rheinland-Pfalz als europäische Kernregion gilt im Besonderen: Zunehmend mehr Fragen und Probleme können nur in enger Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und Partnern im Bund, in Europa und auch in Übersee gelöst werden. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat seit 1991 eine Politik guter Nachbarschaft, internationaler Partnerschaften und internationaler Solidarität verfolgt.

Sie unterhält nicht nur vielfältige Beziehungen zu den unmittelbar angrenzenden Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland. Auch auf dem Gebiet grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit dem Elsass, Lothringen, Luxemburg sowie der Wallonie hat die sozialdemokratisch geführte Landesregierung jahrelange freundschaftliche Beziehungen vertieft und ausgebaut. Neben den Gipfelkonferenzen der Großregion "Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz" und zahlreichen bilateralen Kontakten gehört hierzu die Zusammenarbeit im Interreg-Förderungsprogramm.

Die Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn wird ergänzt durch die zahlreichen Kontakte von Rheinland-Pfalz zu seinen europäischen und außereuropäischen Partnerregionen Burgund, Oppeln, Valencia, South Carolina, Fujian und die beispielhaften Entwicklungszusammenarbeit mit Ruanda. Diese Partnerschaften des Landes sind und bleiben ein unverzichtbarer Bestandteil der internationalen Beziehungen und eine kulturelle Bereicherung für unser Land.

Rheinland-Pfalz hat sich aufgrund seiner historischen Erfahrungen, seiner geografischen Lage mit Grenzen zu Frankreich, Luxemburg, Belgien und auch aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur traditionell für die europäische Einigung eingesetzt. Dies werden wir mit Nachdruck auch in Zukunft tun. Wir haben ein großes Interesse am Fortschreiten des europäischen Einigungsprozesses. Wir machen uns stark dafür, dass der Euro ein Erfolg wird und die Geldumstellung 2002 reibungslos und verbraucherfreundlich verläuft. Als das Flächenland mit der höchsten Exportquote der Bundesrepublik erwarten wir von der Erweiterung der Europäischen Union erheblichen wirtschaftlichen Nutzen. Die Erweiterung ist so zu gestalten, dass sie die Beitrittsländer und die Europäische Union weder institutionell noch ökonomisch oder sozial überfordert. Die Europäische Union muss befähigt werden zur aktiven Steuerung der zunehmenden Abhängigkeiten im Zeitalter wachsender Globalisierung. Wir treten für effiziente und demokratische Entscheidungsverfahren ein. Wir fordern mehr Teilhabe des Europäischen Parlaments. Die gute Entwicklung des Ausschusses der Regionen (AdR) muss fortgesetzt werden.

Europäische Politik bestimmt zunehmend unseren Alltag. Wir setzen uns für eine verbesserte Aufgabenverteilung zwischen Europäischer Union und den Mitgliedsstaaten ein. Die Europäische Union muss die eigenständigen Handlungsmöglichkeiten der Länder mehr als heute respektieren. Was vor Ort besser und effizienter geregelt werden kann, soll auch vor Ort gestaltet werden. Wir treten dafür ein, dass in Europa und in Deutschland Subsidiarität und Solidarität, Wettbewerb und Kooperation die Grundlagen des politischen Handelns bestimmen.

Als Bevollmächtigter des Bundes für die deutsch-französischen Kulturbeziehungen spielt der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat der rheinland-pfälzischen SPD,

Ministerpräsident Kurt Beck, eine Schlüsselrolle in den deutsch-französischen Beziehungen, wie das Gipfeltreffen in Mainz eindrucksvoll unterstrichen hat. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Rheinland-Pfalz mit seinen Partnern und Nachbarn wollen wir auf allen Ebenen intensivieren und weiterentwickeln. Wir werden:

- die Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen in Kindergärten, Schulen und Weiterbildung ausbauen und im Rahmen der Möglichkeiten des Landes die internationalen Jugendprogramme intensivieren. Das Zusammenwachsen Europas kann nur funktionieren, wenn es von der jungen Generation aktiv getragen wird.
- mit Initiativen in Berlin und Brüssel und durch Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern als Land Rheinland-Pfalz einen aktiven Beitrag zu einem "Europa der Regionen" leisten.
- die grenzüberschreitenden Projekte insbesondere im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative Interreg III verstärkt fortführen.
- die bilaterale Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Elsass, in Lothringen, in Luxemburg, in der Wallonie und in der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens durch gemeinsame Infrastrukturprojekte und den Ausbau der Zusammenarbeit im wissenschaftlich-technologischen Bereich sowie den Austausch von Führungskräften vertiefen.
- die Institutionen der interregionalen Zusammenarbeit im Großraum Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz und im Oberrheingebiet handlungsfähiger machen.
- die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur polnischen Woiwodschaft Oppeln, der französischen Region Burgund und der chinesischen Provinz Fujian ausbauen und die bewährte Entwicklungszusammenarbeit mit Ruanda fortsetzen.

7. Eine Kultur des Miteinander schaffen

Staat und Gesellschaft können nur dauerhaft funktionieren, wenn alle die Chance zur gleichberechtigten Teilhabe besitzen. In den letzten Jahrzehnten hat ein unumkehrbarer Zuwanderungsprozess stattgefunden. Rund 300.000 der vier Millionen Einwohner von Rheinland-Pfalz sind Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, und über ein Viertel von ihnen lebt seit mehr als 20 Jahren in Deutschland. Diese Migrantinnen und Migranten bereichern unsere Gesellschaft sozial, kulturell und wirtschaftlich. Ihre Eingliederung in sozialer, kultureller, wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Hinsicht stellt auch in Rheinland-Pfalz nach wie vor eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung dar.

Ziel einer nachhaltigen Eingliederungspolitik ist ein spannungsfreies Zusammenleben zwischen Minderheiten und Mehrheiten. Die rheinland-pfälzische Sozialdemokratie tritt ein für eine soziale Integration, die nicht völlige Assimilierung anstrebt, sondern die auf einem Grundkonsens über gemeinsame Grundwerte und Ziele beruht sowie auf der Anerkennung allgemeiner Regeln zur Bewältigung und Lösung von Konflikten. Wir respektieren das Bewusstsein kultureller Eigenständigkeit von ethnischen Minderheiten und haben dies in einem neuen Artikel unserer Landesverfassung ausdrücklich verankert. Sozialdemokratische Integrationspolitik zielt ab auf vergleichbare Zugangschancen zu allen gesellschaftlichen Bereichen und auf die Möglichkeit zur Teilhabe an demokratischen Entscheidungen für Menschen unterschiedlicher Herkunft und beiderlei Geschlechts. Integration muss aber im Interesse der aufnehmenden Bevölkerung sicherstellen, dass deren Kultur von den Zugewanderten akzeptiert und respektiert wird. Ziel ist eine Kultur des von gegenseitigem Respekt getragenen Miteinander.

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat die wesentlichen Anstöße zum neuen Staatsbürgerrecht der Bundesregierung gegeben und damit einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Integrationschancen von Ausländern in ganz Deutschland gegeben. Mit dem im Bundesrat eingebrachten Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz hat die SPD-geführte Landesregierung einen zweiten bundesweiten Meilenstein gesetzt für eine zukunftsfähige Ausländerpolitik, an dem sich notwendigerweise eine künftige Regelung orientieren wird. Eine Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Rahmen einer gesetzlichen Regelung der Zuwanderung lehnen wir entschieden ab.

Um eine fruchtbare Kultur des Miteinander zu schaffen, werden wir:

- die Fördermaßnahmen in Bildung, Ausbildung und Sozialarbeit für Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien fortsetzen und verstärken.
- dafür eintreten, dass über das Wahlrecht für EU-Bürgerinnen und -bürger hinaus das kommunale Wahlrecht für alle legal bei uns lebenden erwachsenen Ausländerinnen und Ausländer eingeführt wird.
- entschieden für eine Umsetzung unserer Vorschläge für ein Zuwanderungsgesetz auf Bundesebene eintreten.

***Rheinland-Pfalz
in guten Händen***

Rheinland-Pfalz in guten Händen

Sie, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, haben uns 1991 zum ersten Mal die Regierungsverantwortung übertragen. Das Land hat sich seither gut entwickelt. Dies ist insbesondere Ihrer Schaffenskraft, der Kreativität der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu verdanken.

Es ist aber nicht zuletzt das Ergebnis einer weitsichtigen, vernünftigen Politik, wie sie von Ministerpräsident Kurt Beck und der SPD-geführten Landesregierung geprägt wurde. Wir haben mit Mut entschieden, was morgen noch zählt. Rheinland-Pfalz besitzt ein hohes Maß an Dynamik. Die Weichen sind richtig gestellt.

Wir sind gut vorbereitet, um die Herausforderungen am Beginn des 21. Jahrhunderts anzunehmen. Die Landesregierung mit Ministerpräsident Kurt Beck steht für eine traditionsbewusste und zukunftsorientierte Politik in Rheinland-Pfalz: eine innovative Wirtschaft, Arbeit, gesunde Umwelt, gute Bildungschancen, Ausgewogenheit zwischen Stadt und Land, konsequente Politik für Kinder, Gerechtigkeit zwischen Geschlechtern und Generationen. Modernisierung ist die Chance, auch in Zukunft unsere Wertvorstellungen zu behaupten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass jede Rheinland-Pfälderin und jeder Rheinland-Pfälzer sich persönlich entwickeln und das eigene Leben verantwortungsvoll und erfolgreich gestalten kann. Rheinland-Pfalz ist das Bündnis seiner Bürgerinnen und Bürger mit dem Land und für das Land, für die Verknüpfung von wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Gerechtigkeit, für Weltoffenheit und Tradition, für Gemeinsinn und sozialen Zusammenhalt sowie für eine freie und demokratische Bürgergesellschaft.

60.000 Rheinland-Pfälderinnen und Rheinland-Pfälzer bekennen sich zur Volkspartei SPD. Viele tausend engagieren sich als Ratsmitglieder, als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Besonders stolz sind wir auf den hohen Anteil aktiver Frauen. Wir freuen uns, dass viele junge Menschen in ihrer Gemeinde aktiv sind.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz wollen unsere erfolgreiche Arbeit für die Zukunft des Landes fortsetzen. Die Politik der letzten Jahre

spricht für uns. Beim Erreichten bleiben wir nicht stehen. Es ist für uns Ansporn, die Herausforderungen unserer Zeit anzunehmen. Dazu bedarf es einer Regierung, die Erfahrung mit Kompetenz und Engagement verbindet, in Geschlossenheit und mit klarer Zielsetzung.

Sie können sich auf uns verlassen. Wir bitten um Ihr Vertrauen für die kommenden fünf Jahre und eine sozialdemokratische Regierung unter Ministerpräsident Kurt Beck.

Damit Rheinland-Pfalz in guten Händen bleibt!

Anlage zum Regierungsprogramm 2001-2006

Mitmachen macht Spaß

”Partnerschaft und Teilhabe”

Anlage zum Regierungsprogramm 2001-2006

Mitmachen macht Spaß

”Partnerschaft und Teilhabe”

Kommunalpolitische Leitsätze

Eine freie, moderne Gesellschaft braucht heute die Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger: Nur eine ”Mitmachgesellschaft” ist zukunftsfähig. Dies gilt für den gesamten Staat und erst recht für die Kommunen. Als Orte demokratischer Erfahrung und unmittelbaren Austausches leben sie von der Partnerschaft mit ihren Bürgerinnen und Bürgern. Hier wird mehr als anderswo Gemeinsinn eingeübt und gelebt. Und nirgendwo sonst sind die Möglichkeiten, das eigene Lebensumfeld zu gestalten, größer als in den Städten, Gemeinden und Landkreisen: Ob als Eltern bei Schulen und Kindertagesstätten, ob als Jugendliche bei der Gestaltung von Ferienprogrammen oder Treffs, ob beim Entwurf und der Mitarbeit an einem neuen Dorfbild, bei Partnerschaften, dem Engagement in Vereinen oder beim Einsatz für Umweltthemen. Alle können mitmachen und etwas bewirken, Einfluss nehmen auf die eigene Zukunft. Mitmachen lohnt sich! Und: Es macht Spaß! Denn der Einsatz verpufft nicht, sondern die Ergebnisse werden erlebt; nicht irgendwo, sondern zu Haus und dies gemeinsam mit denen, die man kennt.

”Die solidarische Gemeinde”

Die Kommunen brauchen ihre Bürgerinnen und Bürger, um lebendig zu sein. Ihre berufliche und soziale Kompetenz und ihr ehrenamtlicher Einsatz sind gefragt, und zwar mehr denn je.

Beim Thema Umwelt: Wie sollten Städte und Gemeinden ihre Verkehrsprobleme in den Griff bekommen ohne die Ideen der Anwohner? Was könnte die modernste Abfallwirtschaft leisten ohne Bürger, die ihren Müll trennen? Wie würden unsere Gewässer aussehen ohne ehrenamtliche Bachpatenschaften, und wie das Klima der Zukunft ohne die Bereitschaft zum Energiesparen der heute lebenden Menschen?

Beim Thema Innere Sicherheit: Wie sicher wären unsere Kommunen ohne die Bürgerinnen und Bürger, die sich in den kriminalpräventiven Räten des Landes engagieren?

Beim Thema demokratische Gemeinde:

Wie sollten Verwaltungen funktionieren ohne die Vielen, die in ihrer Freizeit als Gemeinde- und Stadträte oder Mitglieder der Kreistage oftmals hochkomplizierte Fragen sachkundig und im Interesse des Gemeinwohls entscheiden?

Die Kommunen brauchen auch das ehrenamtliche Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger in Vereinen, Selbsthilfeeinrichtungen, Sozialverbänden und anderen dem Gemeinwohl verpflichteten Organisationen, ohne deren Engagement das Leben arm wäre. Eine solidarische Gemeinde ist Maßstab sozialdemokratischer Politik in Rheinland-Pfalz.

Trotz deutlicher Entspannungen am Arbeitsmarkt belastet die Arbeitslosigkeit unsere Gesellschaft. Unser Kampf gegen dieses Übel ist wirksam. Erste Erfolge sind unübersehbar.

Das Land hat mit seinen sozialpolitischen Konzepten gut Ansätze entwickelt, die in den Kommunen mit Leben erfüllt werden. Im Interesse einer wirksamen kommunalen Beschäftigungsförderung werden wir diesen Kurs fortsetzen und die Bemühungen intensivieren.

Das Mitmachen in der solidarischen Gemeinde macht auch dann Freude, wenn es darum geht, den alten und vielen hochbetagten Menschen ein langes Leben in Würde zu sichern; in der eigenen Wohnung und damit in ihrem Dorf oder in ihrer Stadt.

”Die starke Gemeinde”

Nur in Rheinland-Pfalz gibt es das Erfolgsmodell der Ortsgemeinde. Neben Verbandsgemeinden, Landkreisen und Städten garantiert es Selbstbestimmung auf überschaubarer Ebene.

Die Landesregierung hat mit ihrer kommunalfreundlichen Politik während der vergangenen zehn Jahre das Fundament der kommunalen Selbstverwaltung ausgebaut. Mit der Modernisierung der Landesverwaltung und dem massiven Abbau von Vorschriften wurde die Selbstverwaltung im Land gestärkt.

Die deutsche kommunale Selbstverwaltung ist beispielhaft für Europa. Sie ist Verfassungsprinzip. Gerade deshalb muss die EU unsere kommunale Selbstverwaltung respektieren.

Die EU muss auch die kommunalen Rechte und Traditionen respektieren. Nur so werden Vielfalt und Lebendigkeit unserer Städte und Gemeinden gewährleistet. Wir bejahen diese Vielfalt und mehr noch: Wir fördern den Wettbewerb um die eigene Identität.

Gemeinden nach abstrakt uniformem Bild und damit bürgerfern wird es in Rheinland-Pfalz nicht geben. Und gerade deshalb machen wir uns stark für die kommunale Kultur- und Sportpolitik als wichtige Aufgabe der Kommunen. Eine solide Haushaltspolitik hat Raum für eine stetige Förderung kultureller und sportlicher Initiativen und Angebote, ob ehren- oder hauptamtlich.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger im Sinne einer Mitmachgesellschaft ihre Rechte wahrnehmen, dann brauchen sie weniger Vorschriften und Vorgaben von oben.

”Die moderne Gemeinde”

Der Alltag in unseren Verwaltungen in Rheinland-Pfalz ist bürgerfreundlicher, effizienter und moderner geworden. Die Modernisierungspolitik muss während der nächsten Legislaturperiode konsequent fortgesetzt werden.

So müssen die Genehmigungsverfahren zur Stärkung des Standortes Rheinland-Pfalz noch weiter beschleunigt, die Fristen noch weiter verkürzt werden. Die Kommunen müssen preiswertere Dienstleistungsangebote für ihre Bürgerinnen und Bürger entwickeln. Dazu brauchen Städte und Gemeinden gleiche Chancen am Markt.

Städte, Gemeinden und Landkreise müssen nicht alles selbst machen. Und schon gar nicht jede Kommune für sich alleine. Zusammenarbeit zwischen Kommunen und mit privaten Dritten kann vorteilhaft sein.

Die Neuregelung des Finanzausgleichs im Land hat zu einer größeren Verteilungsgerechtigkeit knapper Mittel geführt. Dies ist ein guter Ansatz, den es gilt fortzusetzen. Die Alltagsweisheit, nach der, ”wer bestellt auch bezahlt”, muss auch die finanziellen Beziehungen zwischen Land und Kommunen sowie zwischen Kommunen untereinander prägen. Bei der Übertragung von Aufgaben ist für die entsprechende Finanzausstattung zu sorgen.

”Lokal handeln, global denken”

Städte, Gemeinden und Landkreise sollen keine Orte der Kirchturmspolitik, sondern bürgernaher und alltagsgerechter Entscheidungen sein. Das verlangt einen weiten Horizont. Den beweisen unsere Kommunen seit Jahrzehnten, indem sie dem Gedanken der Aussöhnung und des Friedens durch zahlreiche Partnerschaften dienen. Diese Kommunalpolitik über Grenzen hinweg steht mit der Öffnung und Demokratisierung Osteuropas vor einer neuen Herausforderung. Die Kommunen können ihre Erfahrung einbringen wie keine andere Ebene, nämlich unmittelbar und persönlich.